

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, der Expedition abgegeben werden.

Nr. 245.

Donnerstag, den 19. Oktober 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die chinesische Revolution.

Das Wort: Stillstand findet sich nicht im Wörterbuch unserer Zeit, Umwälzung folgt auf Umwälzung, und im Sturmschritt marschiert die Entwicklung. Jetzt schäumen die Fluten der Weltrevolution auch über die Trümmer der chinesischen Mauer und das Reich der Mitte, das ewig lange als das Sinnbild verfesteter sozialer Zustände galt, wird von einer tiefgreifenden Bewegung umgewälzt.

Was sich hier in China unter schweren Erschütterungen vollzieht, ist nur ein neuer Abschnitt in dem gewaltigen weltgeschichtlichen Prozeß, den man das Erwachen Asiens nennt. China war vielleicht das Vorbild eines in der Naturalwirtschaft erstarrten Landes. Als nun um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts die europäische Bourgeoisie China zu „erschließen“ begann, das will sagen: ihre Lokomotiven und Dynamomaschinen dorthin einführte, importierte sie auch zugleich die sozialen Zustände, die Lokomotiven und Dynamomaschinen entsprechen: die Naturalwirtschaft zerlegte sich, ein heimischer Kapitalismus kam auf, und mit ihm das stürmische Verlangen der chinesischen Bourgeoisie, Bodenschätze und gelbes Proletariat selbst auszubeuten.

In der ersten Periode der näheren Verührung des Abendlandes mit China war der europäische Kapitalismus, dank der überlegenen Technik seiner Maschinen und seiner Kanonen, der Gebieter und Herrscher. Um das Jahr 1860 herum schrieb der Russe Wassiljew, einer der ersten gründlichen Kenner Chinas: „Wir sehen das Reich erniedrigt zu den Füßen Europas liegen; mit dem Verlust der Selbstständigkeit ist jegliche Entwicklung in ihm lahmgelegt, die Städte kommen nicht zur Blüte, die Industrie sinkt, der Handel liegt in fremden Händen und die Zivilisation findet keinen Boden.“ Aber scharfblickend sah Wassiljew schon damals die Möglichkeiten einer von den meisten ungeahnten Entwicklung voraus. „Die Europäer“, schrieb er, „haben China gezwungen, alle Seehäfen dem Handel zu öffnen, sie sind sogar bis ins Zentrum Chinas nach Hankau gedrungen; die Chinesen haben jedoch in dieser Zeit den Handel mit europäischen Waren bereits in ihre Hände gebracht. Möglicherweise ist die Zeit nicht mehr fern, in der die Chinesen keine europäischen Waren mehr nötig haben werden. Die europäischen Waren sind bloß dank ihrer Billigkeit, infolge Maschinenarbeit, nach China gedrungen. Wer wird jedoch die Möglichkeit, daß die Chinesen bei sich Fabriken anlegen, verneinen? Sie haben eine Menge Kapitalisten, billige Arbeitskraft und das Volk ist bereit, sich mit allem zu beschäftigen und ist zu allem fähig. Anfangs dachten die Europäer, daß sie mit ihren Dampfern alle Wasserstraßen beherrschen würden. Die Chinesen haben sich selbst Dampfschiffe gebaut, die von eingeborenen Mechanikern eingerichtet worden sind. Und die Folge davon ist, daß den Europäern schon Konkurrenz gemacht wird. Die billige Arbeitskraft und die Befähigung des Volkes sind zwei wichtige Faktoren. Den Chinesen wird es leicht fallen, bei sich den Maschinenbau einzuführen, Eisenbahnen zu bauen, und alles wird bei ihnen billiger und besser sein, als in anderen Ländern. Der vor einiger Zeit erzwungene Handel mit den Europäern wird vielleicht den Erfolg haben, daß die Waren, die jetzt nach China eingeführt werden, von dort zu den Ausländern zurückkehren werden.“

In dem halben Jahrhundert seitdem ist die chinesische Bourgeoisie mächtig auf die Beine gekommen, und für den Grad ihrer Entwicklung war der Boykott amerikanischer Waren im Jahre 1908, der das prophetische Wort Wassiljews von den zu den Ausländern zurückkehrenden Waren Wirklichkeit werden ließ, nicht minder bezeichnend wie das Interesse, das diese Bourgeoisie an dem Ausbau des Sinterbahnhafens nimmt. Hier wie überall will man die Konkurrenz der Fremden gründlich ausschalten. Ein Beispiel für viele: 1898 hatte England die Konzession für den Bau der Suchau-Hangchau-Ningpo-Bahn erhalten, 1905 mußte die Regierung in Peking unter dem Druck der nationalistischen Bewegung der Provinzialregierung von Tschekiang den Bau übertragen. Als England Einspruch erhob, wies die chinesische Regierung die Provinzialbehörden an, sich mit dem englisch-chinesischen Syndikat zu verständigen, ohne einen weiteren Erfolg zu erzielen, als daß die Provinz Tschekiang von einer mächtigen Erregung gepackt wurde und ihre Bourgeoisie im Handumdrehen 60 Millionen Mark auf den Tisch warf, um den Bau der Bahn mit chinesischem Kapital und durch chinesische Arbeit möglich zu machen! Kein Wunder, daß die Eisenbahnfrage in diesem Jahre wieder der Ausgangspunkt von Unruhen gegen die Regierung geworden ist. Durch ein Dekret vom 9. Mai 1911, das die Verstaatlichung der

chinesischen Eisenbahnen vorzieht, fühlte sich die Bourgeoisie von fünf Provinzen, in denen sich schon Aktiengesellschaften zum Bau von Bahnen gebildet hatten, schwer geschädigt — sofort hebt eine lebhaft propagandistische Bewegung an und es kommt zu Revolten und reichlichem Blutvergießen!

Da diese Bourgeoisie die Selbstverwaltung anstrebt und auf die Finanzen des Staates Einfluß gewinnen möchte, schwärmt sie für eine Verfassung nach europäischem Muster. Ihre Bannerträger sind dabei die ihrer Mitglieder, die in Europa studiert haben und von dort konstitutionelle Ideen importieren: die Intelligenz. In der chinesischen Verfassungsbewegung haben bis heute die Akademiker schon eine große Rolle gespielt und in diesem Sommer zum erstenmal wurden die aus Europa zurückgekehrten Studenten nicht zum Empfang beim Regenten zugelassen, weil allzu viele revolutionärer Gesinnungen verdächtig waren. Auch in den Kreisen der auf modernen Kriegsschulen herangebildeten Offiziere hat — was für das Gelingen der Revolution sehr wesentlich ist — der konstitutionelle Gedanke Eingang gefunden.

Wohin die Verfassungsbewegung bis heute geführt hat, ist bekannt. Vor einem Jahre, am 3. Oktober 1910, trat in Peking die beratende Nationalversammlung zusammen, die in der Geschichte Chinas etwas Ähnliches sein wird wie in der Frankreichs die Generalstände von 1789. Eine bemerkenswerte Übereinstimmung weist das Verhalten der bürgerlichen Vertreter in beiden Versammlungen auf. Wie der dritte Stand in Versailles aller herkömmlichen Etikette zum Trotz, das Beispiel des Königs nachahmte, als er sich niederließ und bedeckte, so durchbrachen die Delegierten der chinesischen Bourgeoisie alle überlieferten Schranken und verachteten es, sich vor dem „Sohn des Himmels“ auf die Knie zu werfen. Erst für 1916, dann für 1913 wurde darauf die Einberufung eines wirklichen Parlaments verheißen und die beratende Nationalversammlung soll in drei Tagen am 22. Oktober wieder zusammentreten, und wieder wird hier, wie schon 1910, das Verlangen der Bourgeoisie nach einer schnelleren Einlösung des Verfassungsversprechens stürmisch laut werden.

Die Massen des Volkes allerdings sind nicht mit parlamentarischen Mätzchen hinter dem Ofen her oder besser von dem Ofen herabzulocken, auf dem die Chinesen zu schlafen pflegen. Der Hunger treibt sie dazu sich anzuschließen, wenn die Wortführer der Bourgeoisie das Banner des Aufstandes erheben. Der Reispreis ist wieder um 20 Prozent in die Höhe geschossen und dabei leiden die kleinen Leute an sich alle unter dem Sturz des Geldwertes, der eintreten mußte, als dieses naturalwirtschaftliche Land mit hoher Kaufkraft des Geldes in die kapitalistische Weltwirtschaft hineingerissen wurde und zum zweitenmal eine Folge der Münzreform war, die die Regierung vor kurzem durchführte.

Daß die Revolution zuerst in der Provinz Wutschang ihr Haupt erhob, ist kein Zufall, denn hier, im Tale des mittleren Yangtsekiang, wo von Norden und Süden schiffbare Flüsse in den mächtigen Strom münden, und der Städtekomplex Hangang, Hankau und Wutschang dicht beieinander liegt, ist der natürliche Schwerpunkt Chinas, der archimedische Punkt, von dem aus das Reich der Mitte bewegt werden kann. Und es wird allem Anschein nach diesmal entscheidend bewegt werden. Die Aufstandsbewegung hat eine um so größere Stoßkraft, als sie sich gegen die Mandchus richtet, gegen die nichtchinesische Sunkerkaste, der auch die Dynastie entstammt, und die als eine faule und freche Schmarogersippe von Blutegelein seit fast drei Jahrhunderten an dem Leibe Chinas hängt. Aber mit der Abschüttelung der Mandchus ist es nicht getan — die Republik! schreibt viel mehr die Revolution auf ihre Fahne, und jubelnd hallt der Ruf weiter, die Bourgeoisie öffnen ihre Geldkassen, die Truppen gehen mit klingendem Spiel über und die Machthaber in Peking würgt ein Grauen an der Kehle. Yuan-schi-kai, einst der mächtigste Mann des Reiches, seit zwei Jahren eine gestürzte Größe, ist heute ihre letzte Hoffnung: er soll retten, was sich noch retten läßt.

Vor mehr als sechzig Jahren schrieb Karl Marx: „Wenn unsere europäischen Reaktionäre auf ihrer demnächst bevorstehenden Flucht durch Asien endlich an der chinesischen Mauer ankommen, an den Pforten, die zu dem Hort der Urreaktion und des Urkonservatismus führen, wer weiß, ob sie nicht darauf die Überschrift lesen: République chinoise. Liberté, Egalité, Fraternité.“ Das Morgen schon gräbt vielleicht diese Worte als erfüllte Prophezeiung in die Tafeln der Weltgeschichte ein.

Fortsetzung des Raubkrieges.

Der türkische Ministerrat hat gestern dem lebhaften Drängen der Jungtürken nachgegeben und beschlossen keine Vermittlungsaktion anzunehmen, sondern den Krieg fortzusetzen, bis Italien auf der Grundlage des Standpunktes, den die Pforte einnimmt, Verhandlungen eingehe. Das ist ein Entschluß von schwerwiegender Bedeutung. Türkische Blätter wissen von dem Anwachsen des Widerstandes in Tripolis zu berichten. So meldet die Sabah einen neuen Angriff der türkischen Truppen von Dschisan aus gegen die Italiener; Sabah erzählt, daß die Türken einen Sturmangriff auf Tripolis vorbereiten.

Auch die Italiener wollen jetzt ernsthafter vorgehen. Sie haben bereits den östlich von Tripolis gelegenen Küstenort Homs besetzt. Die Türken haben sich zurückgezogen. Anscheinend wollen sie ihre Kräfte auf ein großes Gefecht konzentrieren. Dieses dürfte denn auch demnächst bevorstehen. Aus Tripolis wird nämlich gemeldet, daß die Italiener für einen der nächsten Tage einen kriegerischen Vorstoß gegen den Süden planen, um das Hauptquartier der Türken bei dem Orte Algeria zu erreichen. Dort soll der Entscheidungskampf geführt werden. Die Türken stehen gegenwärtig unter dem Befehl des Obersten Nimszai Bei. Dieser wurde von den Truppen zum Kommandanten ausgerufen, da der frühere Befehlshaber Murit Pascha sich als unfähig und überhaupt unfähig erwiesen hat.

In den letzten 24 Stunden haben sich wieder mehrere türkische Soldaten den italienischen Vorposten ergeben und bestätigt, daß es im türkischen Lager an Proviant fehlt. Die türkischen Gefangenen sollen nächstens nach Italien geschickt werden, damit sie nicht etwa Spionage betreiben, und damit die Bewachungsmannschaften frei werden.

Das ägyptische Komitee in Kairo, das sich zum Sammeln von Geld für die Türkei gebildet hat, hat an das Auswärtige Amt in London folgendes Telegramm geschickt: Die ägyptische Nation, die begreift, daß die Sicherheit des islamitischen Kalifats von der türkischen Regierung abhängt, drückt ihren Unwillen über die Verletzung der Menschenrechte und anderer geheiligten Rechte aus, die Italien in der aller Hilfe beraubten Provinz begehrt. Das Unglück der Muselmanen sei noch gewachsen dadurch, daß die Mächte die Intervention zurückgewiesen haben. Dennoch hoffe man, daß England, unter dessen Fahne der größte Teil der Mohammedaner wohne, Mittel finde, seine alte Freundschaft der Türkei zu beweisen. — Ebenso wurde das russische Ministerium des Äußeren ersucht, seine alte Freundschaft der Türkei zu beweisen und die Gefühle der Mohammedaner zu achten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das neue Zuchtengesetz in Vorbereitung.

Vor einiger Zeit hat der Zentralverband deutscher Industrieller der Regierung aufgegeben, dem Schutz der Arbeitswilligen eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Dazu erzählt nun die „Berliner Börsenzeitung“:

„An den zuständigen Stellen wird eine hierauf bezügliche Verfügung ausgearbeitet. Unter vergleichender Heranziehung der im Auslande zum Schutze der Arbeitswilligen vorhandenen Gesetze soll auch bei uns die Freiheit der Arbeit durch gesetzliche Vorschriften mehr als bisher geschützt werden.“

Dem jetzigen Reichstag wird eine solche Vorlage natürlich nicht mehr zugehen, um so sicherer aber dem neuen Parlament.

Der Satan als nationalliberaler Wahlhelfer.

Ein Kandidat ganz besonderer Güte ist der Erbkone des Zentrums für den Wählerkreis Konstanz, Freiherr von Rüpplin. Zuerst bezeichnete er sich als einen Kandidaten der Ewigkeit, dann erzählte er von den hölzernen Engeln in einer Kirche, die betäubte Gesichter machen wegen des Auftretens der Nationalliberalen und jetzt hat er nach einem Bericht des „Alpboten“ in einer Versammlung in Ueberlingen erklärt: „Die Nationalliberalen sind verdammt, fluchwürdige Kulturkämpfer, in deren Verhohn der Begriff „Ewigkeit“ nicht steht. Sie bekommen ihre Wehungen auch von einem in deutschen Landen noch nicht zulässigen Souverän und Fürsten, dem leibhaftigen Satan!“

Und ein Mann mit solchen Ansichten ist — Landesgerichtsdirektor. Wenn er in den Reichstag kommen sollte, dann kann er dem Antisemiten Werner-Gießen die Hand reichen, der die Nationalliberalen als eine „Partei der Schurken“ bezeichnet hatte und dem die National-

liberalen in einer bis zur Hundedemut gesteigerten Selbstlosigkeit dann zum Mandat verholfen haben.

Wahlmandat.

Einen eigenartigen Trick probieren die Nationalliberalen im Wahlkreise Hannover-Linden, um die Wähler zu täuschen. Diese bisher stärkste bürgerliche Partei im Kreise, die stets im Vordergrund des Kampfes stand, hat diesmal auf einen eigenen Kandidaten verzichtet, und zwar auffälligerweise zugunsten der Fortschrittlichen Volkspartei, die es seit 1881 auf nie mehr als 800 bis 900 Stimmen brachte und 1907 überhaupt keinen Kandidaten mehr aufstellte, während die Nationalliberalen doch immerhin noch 12 000 bis 16 000 Stimmen aufbrachten. Der fortschrittliche Kandidat ist Justizrat Senzberg, der einst als demokratisch galt, sich aber infolge seiner finanziell-industriellen Beziehungen politisch immer mehr nach rechts hinübergemauert hat. Der auffällige Kandidatenverzicht der Nationalliberalen zugunsten der absolut bedeutungslosen Fortschrittler ist nicht anders zu erklären, als daß zwischen Herrn Senzberg und den Nationalliberalen ganz bestimmte Abmachungen getroffen worden sind; Senzberg, der bisher politisch nie hervorgetreten ist, soll in Wahrheit der nationalliberale und Hanjand-Kandidat sein, der nur unter dem Fortschrittsbanner kämpft, weil man glaubt, bei der gegenwärtigen politischen Stimmung damit bessere Geschäfte zu machen. Die hannoverschen Genossen werden dafür sorgen, daß auch dieses politische Manöver verjagt, der Kreis ist seit 1884 fester sozialdemokratischer Besitz, den man nicht mit solchen Mitteln erschüttert.

Einleitung des Wahlkampfes hinter verschlossenen Türen.

Die Fortschrittspartei in Berlin leitet den Wahlkampf mit einer heute Mittwoch stattfindenden Versammlung ein, in der Dr. Wiemer, Naumann und der unvermeidliche Müller-Meinungen sprechen werden. Um aber ganz unter sich zu sein, gestatten die Fortschrittler den Zutritt zu der Versammlung nur gegen Eintrittskarten, die natürlich nur an absolut sichere Leute abgegeben werden. Besondere Hoffnungen machen sich also die Berliner Fortschrittler selber nicht.

Eine Wahlperiode aus Hinterpommern.

Unser Stettiner Bruderblatt, der „Volksbote“, schreibt:

„Einen Vorgeschmack der Bekämpfung der Sozialdemokratie während der Wahlbewegung haben unsere Genossen Horn-Stettin und Grünwald-Röslin am Sonntag in Rummelsburg erhalten. Hier war zu Sonntag nachmittag eine Versammlung unter freiem Himmel, auf einem Acker vor der Stadt veranstaltet. Die politische Genehmigung dazu war erteilt, weil kein gesetzlicher Grund zu einem Verbot vorlag. Doch vor Beginn der Versammlung wurde diese ohne jeden Grund aufgelöst, die Genossen Horn und Grünwald wurden verhaftet und wie gemeine Verbrecher durch die Stadt nach dem Rathaus geführt. Dort mußte man sie nach Prüfung ihrer Legitimation entlassen.“

Über die näheren Umstände dieser echt hinterpommerschen Polizeiheldentat mill der „Volksbote“ in der nächsten Nummer ausführlicher berichten. Man kann sich aber schon nach diesen wenigen Angaben ein Bild machen von den Methoden, mit denen in Ostpreußen geeigneten Sunkergesellen die Behörden ihre „Neutralität“ im Wahlkampfe bekunden.

Nationalliberale Wählerflucht.

Welch unsichere Kantonsisten nationalliberale Wähler und Wahlmänner sind, haben die Nationalliberalen bei der Erziehung zum preussischen Landtag in Friklar-Melungen am Dienstag erfahren. In diesem Wahlkreise war der nationalliberale Abgeordnete Gleim dreimal — sowohl 1898, wie 1903 und auch 1908 — einstimmig gewählt worden: 1898 mit 179, 1903 und 1908 jedesmal mit 181 Stimmen. Jetzt aber wurde der freikonservative Gutsbesitzer Köll aus Gudensberg mit 114 Stimmen gewählt. Der deutsch-sozialistische Kandidat, Gutsbesitzer Blum, erhielt 73 Stimmen. Der Kandidat der Nationalliberalen, Kaufmann Barchel aus Melungen, war nicht in die Stichwahl gekommen; er hatte nur 55 Stimmen erhalten.

Zimmer größere Flottenrüstungen

fordert der Flottenverein gerade jetzt, in der Zeit der schlimmsten Teuerung. In Berlin wurde Montag abend — ein eigenartiges Vorspiel zu der großen Teuerungsdemonstration vom Dienstag — eine öffentliche Versammlung abgehalten, in der Admiral a. D. Büchjel und der alte Geheimrat Adolf Wagner für erhöhte Flottenrüstung eintraten. Nicht zwei Kriegsschiffe sollen jährlich gebaut werden, wie das Flottenprogramm bis 1917 festgelegt, sondern drei, was bei den heutigen Maßen dieser Riesenordnungen eine Belastung von 180 bis 200 Millionen Mark ausmachen würde! Adolf Wagner hatte die Aufgabe, gegen die Sozialdemokratie zu polemisieren, was er tat, indem er als Vaterlandsverrat hinstellte, wenn man die Rüstungen unnötige Verschwendung nenne. Wo kämen die deutschen Arbeiter hin, wenn England unseren Seehandel und unsere Rohstoffeinfuhr ungehindert lahmlegen könnte. Sollte ein Mann wie Adolf Wagner wirklich nicht wissen, daß selbstverständlich und wie auch wir erklären, die Abrüstung international auf Grund von Vereinbarungen der einzelnen Staaten zu geschehen hat? Weil aber den Herrschenden die Herre und Flotten Instrumente der Herrschaft über das eigene Volk sind, sträuben sie sich gegen die Rüstungsbeschränkung, die also von den Völkern selbst hergeleitet werden müssen. Wer übrigens für die starke Flotte schwärmt, zeigte sich, als Wagner stärkere Besteuerung der Besitzenden für die Kostendeckung forderte. War das ein matter Versuch!

Gegen die Polen.

Seit Monaten waren Verhandlungen im Gange, um die deutschen bürgerlichen Parteien im Kampfe gegen die Polen zu einigen. Es wurde dann gemeldet, die Kompromißverhandlungen seien endgültig gescheitert. Jetzt hat aus der Landtagsabgeordnete Bronsow im freisinnigen

Verein in Bromberg mitgeteilt, die Verhandlungen seien nicht gescheitert, sondern würden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Die Freisinnigen würden unter allen Umständen an dem Kompromiß mit den Konservativen festhalten und die Kandidatur des jetzigen Reichstagsabg. Schulz (Reichspartei) unterstützen, auch wenn mit den Nationalliberalen keine Einigung zustande kommen sollte.

Hanjandpräsident Nießer als Reichstagskandidat.

Der Volksparteiler Storz, der gegenwärtig den Wahlkreis Ulm im Reichstag vertritt, hat eine weitere Kandidatur abgelehnt. Die Volkspartei hat nun erklärt, auf eine eigene Kandidatur verzichten zu wollen, wenn die Nationalliberalen den Präsidenten des Hanjandbundes, Geheimrat Nießer, aufstellen.

Zur Teuerung.

Eine überaus eindrucksvolle Demonstration gegen die Teuerung veranstalteten die Genossen in Hannover am Montag abend. Es fanden 13 Versammlungen statt, die alle sehr stark besucht waren und in denen eine Resolution, die energigste Abhilfsmittel fordert, einstimmig angenommen wurde. Die Versammlungen dienten gleichzeitig als Einleitung der Wahlbewegung.

Die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft haben eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, in der sie Vorschläge für eine Milderung der Lebensmittelteuerung machen. Die Vorschläge der Ältesten beziehen sich einmal auf die Erleichterung der Einfuhr von lebendem Vieh aus unseren Nachbarländern Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen. Ferner wird eine Erleichterung der Einfuhr von ausländischem Fleisch und von Fettwaren durch Milderung der heutigen rigorosen Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes und durch Herabsetzung der teilweise geradezu als Einfuhrverbot wirkenden Zölle erstrebt; insbesondere soll der deutsche Fleischmarkt durch die Einfuhr von gefrorenem Fleisch aus Argentinien und von Butter, Schmalz und geräucherter Schweinefleisch entlastet werden. Weitere Vorschläge der Ältesten beziehen sich auf die Förderung der heimischen Viehzucht, durch Ausbau der Viehstatistik, durch Verbreitung der Kenntnisse rationeller Viehzucht und durch sofortige Aufhebung der Zölle auf Futtermittel. Endlich wird um eine Änderung der Gemületeuerung durch Erlaß oder Ermäßigung der Gemülezölle ersucht.

China.

Der Aufstand. Über das Eingreifen deutscher Landungstruppen in Hankau, insbesondere über dessen unmittelbare Veranlassung, liegt zur Stunde noch keine bestimmte Nachricht vor. Reuters Bureau meldet unterm 18. Oktober aus Hankau: Das Gemischel unter den Mandchus ist anscheinend beendet. Die Befehlshaber der Aufständischen erließen eine Proklamation, in welcher sie ihren Anhängern befehlen, alle die, die sich der neuen Regierung unterwerfen, zu schonen. Ein Mann, der gegen die Ordnung verstoßen hatte, wurde bis auf das Gebiet einer britischen Gesellschaft verfolgt und innerhalb der Grenzen dieses Gebietes getötet. Jetzt wurde ein Befehl erlassen, daß niemand das Recht hat, die Gebiete fremder Gesellschaften zu betreten. Die Aufständischen sind damit beschäftigt, große Truppenmengen anzuwerben und umfangreiche Vorbereitungen für den bevorstehenden Feldzug zu treffen. Es herrscht hier augenblicklich Ruhe, jedoch hat sich der Dienerschaft der Europäer eine Panik bemächtigt, Tausende verlassen die Stadt. Nach Mitteilungen aus Kiu kiang stehen revolutionäre Truppen vor der Stadt und verlangen deren Übergabe.

In einer Depesche aus Schanghai vom 17. Oktober heißt es: Ein Teil der Europäer hat Hankau auf der „Belgravia“ und anderen Schiffen verlassen. Hankau ist ruhig. In der chinesischen Stadt wütet augenblicklich eine große Feuersbrunst. Eine chinesische Reederei, ein Postamt und das Zollamt brennen. In Canton herrscht vollkommene Ruhe. Die Telegraphenverbindung zwischen Hankau und Canton ist unterbrochen.

Der amerikanische Konsul in Hankau hat telegraphisch, der Fall der Stadt siehe unmittelbar bevor. Der Konsul bittet um Entsendung eines Kriegsschiffes. Die französische Gesandtschaft in Peking hat die Meldung erhalten, daß der Aufenthalt des Bizkönigs von Hankau unbekannt sei.

Der Kommandant des Kreuzers „Leipzig“ meldet aus Hankau: Der Tag und die Nacht sind ruhig verlaufen. Die Aufständischen haben sich zurückgezogen. Der britische Admiral ist hier eingetroffen und hat als rangältester Offizier den Oberbefehl auf dem Wasser und am Lande über die vor Hankau versammelten Seestreitkräfte übernommen. Das Fehlen weiterer Nachrichten über den Zusammenstoß des deutschen Landungskorps mit dem chinesischen Heer läßt darauf schließen, daß die Schussaktion nur kurz, erfolgreich und ohne größere Bedeutung war. — Wir haben den Eindruck, es sei in Hankau ein Bravourstückchen geleistet worden, von dessen politischer Bedeutung die sorglosen Herren, die es unternahmen, keine Ahnung haben. Wenn der Kommandant es nicht einmal für nötig hält, mitzuteilen, was wegen denn eigentlich Truppen gelandet wurden, muß dort eine merkwürdige Auffassung von den Pflichten, die die Neutralität auferlegt, herrschen.

Nach den neuesten Meldungen ist es bereits bei Hankau zu einem Gefecht mit den Revolutionären gekommen. Es liegt hierüber folgende Nachricht vor:

Mittwoch morgen entwickelte sich ein Gefecht zwischen 2000 Mann Regierungstruppen und 10000 Aufständischen. Der kaiserliche Admiral Sah-Hsienping gab seinen Kreuzern den Befehl, Abteilungen zu landen. Die Aufständischen rückten von Wutschang her vor und eröffneten sofort das Feuer. Die Geschosse der Kreuzer antworteten. Ein lebhaftes Gefecht an beiden Ufern des Flusses entspann sich. Die fremden Kriegsschiffe setzten Detachements an Land. (Warum?) Das Gefecht blieb unentschieden. Die Aufständischen trieben die Angreifer vorübergehend zurück. Dann aber begann sich Wandel an Patronen fühlbar zu machen. Die Aufständischen zogen sich auf

Wutschang zurück. Einige von ihnen erkundigten sich bei den Fremden, ob sie in den Fremden-Niederlassungen Schutz finden würden. Die Abteilung der Aufständischen, die den Han-Fluß aufwärts gerückt ist, hat den Versuch unternommen, das in der Nähe der belgischen Niederlassung aufgeschlagene Lager des kaiserlichen Generals durch einen Angriff von rückwärts zu nehmen. Zwischen dem kaiserlichen Admiral und dem Führer der Aufständischen sind Verhandlungen eingeleitet worden.

Die Regierung in Peking poсяunt in die Welt hinaus, daß ihre Truppen bei Hankau einen großen Sieg errungen hätten. Hier ist auch wohl nur der Wunsch der Vater des Gedankens!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 19. Oktober.

Die Versammlung der Bürgererschaft, welche am Montag, dem 23. Oktober 1911, stattfand, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Herstellung einer Zumeigung zu dem an die Gewerkschaft Martashall verkauften Fabrikplatz in Siems. 2. Nachtrag zu dem Vertrage vom 1. Mai 1901, betreffend die Umgestaltung der Eisenbahnanlagen in Lübeck. 3. Ankauf des Grundstückes Johannisstr. 22/24. 4. Herstellung von vier in Brunnen mündenden Strohrohren auf den Holzlagerplätzen der Vorwerker Wiesen. 5. Ausbau von Strecken des Kreisweges und der Straße beim Retteich. 6. Anschaffung einer automobilen Benzinmotor-Spritze für die Feuerwehr. 7. Verfertigung des Abchnittes XIX der Ausgabenliste des Voranschlags für 1911 um 60 000 Mk. III. Antrag von Löwig: Die Bürgererschaft ersucht den Senat, in Rücksicht auf die in Lübeck herrschende Not der minderbemittelten Bevölkerung und die noch zu erwartende starke Zunahme der Teuerung die Reichsregierung aufzufordern: 1. die Lebensmittelzölle zu suspendieren, 2. alle Vieh- und Fleischzufuhren aufzuheben, 3. das System der Einfuhrzölle zu beseitigen. Weiter wird der Senat ersucht, gemeinsam mit der Bürgererschaft eine Kommission einzusetzen, welche hauptsächlich die Frage zu prüfen hat, wie in Lübeck a) die Beschaffung billigen Fleisches, b) die Beschaffung billiger Kartoffeln, c. der Großimport von Gemüse in die Wege geleitet werden kann. IV. Antrag von Schneider: Die Bürgererschaft ersucht den Senat, den Erlaß gesetzlicher Bestimmungen über den Lübeckischen Staatsbeamten für Dienststellen zu gewährenden Reisekosten und Tagegelde in Erwägung zu ziehen.

Der Bürgerentscheid sprach sich in seiner gestrigen Sitzung gutachtlich für die Senatsanträge betreffend Verfertigung des Abchnittes XIX (nachträgliche Bewilligungen) der Ausgabenliste des Voranschlags für 1911 um 60 000 Mk., sowie Änderungen im Rechnungswesen und Kassenwesen der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindefunktionen aus. Dann wurde in die Beratung über die gesetzliche Begrenzung der Hilfslehrer- und Hilfslehrerinnenzeit eingetreten. Der Senat beantragt: 1. Die im Staatsdienste angestellten, nicht nur vorübergehend oder nebenamtlich beschäftigten Hilfslehrer und Hilfslehrerinnen werden nach Ablauf von vier Jahren seit der einstellungswilligen Anstellung, jedoch nur zum 1. April oder 1. Okt., festangestellt, soweit sie zu dem bezeichneten Zeitpunkt das 26. Lebensjahr vollendet haben und ferner folgende Bedingungen erfüllen: a. einwandfreie sittliche und dienstliche Führung; b. hinreichende dienstliche Leistung; c. durch ein Physikatstest nachzuweisende gesundheitliche Eignung für den Beruf; d. für die Lehrer: Absolvierung der zweiten Prüfung, 2. Dieser Beschluß tritt mit dem 1. April 1912 in Kraft; die schon früher angestellten, nicht nur vorübergehend oder nebenamtlich beschäftigten Hilfslehrer und Hilfslehrerinnen werden, vorausgesetzt, daß sie den Bedingungen unter 1. entsprechen, mit diesem Zeitpunkt festangestellt. 3. Die in dem Unterrichtsgesetz vom 17. Oktober 1885 enthaltenen Bestimmungen über die Anzahl der den einzelnen Schulen zuzuwisenden festangestellten Lehrkräfte treten, soweit sie mit den Vorschriften des gegenwärtigen Beschlusses nicht in Einklang zu bringen sind, hinter diesen zurück. Der vorgerückten Zeit wegen mußte die Verhandlung dieser Vorlage abgebrochen werden.

Die Milchverteuerung in Lübeck. Nachdem am 1. August dieses Jahres von der Milchverwertungsgenossenschaft der Milchpreis in Lübeck um 2 Pfennig pro Liter erhöht worden war, befaßte sich am 3. August eine öffentliche Volksversammlung mit dieser Verteuerung der Milch. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der zum Ausdruck kam, daß der Milchkonsum auf das aller-notwendigste beschränkt und damit gewissermaßen die Milch zu erhöhten Preisen boykottiert würde. Ebenfalls wurde auch das Gewerkschaftsartell aufgefordert, Schritte zu tun, um billige Milch oder Ersatzmittel herbeizuschaffen. Letzteres ist bis heute noch nicht aus dem Auge gelassen. Von Seiten des Direktors der Hanjanderei, Herrn Bastian, ist nun vor einiger Zeit bei der Kartellkommission um eine Verhandlung zwecks Beilegung des Konflikts nachgesucht worden, welchem Erluchen die Kartellkommission selbstverständlich ein Resultat, das gewissermaßen ein beiderseitiges Entgegenkommen genannt werden kann. Es lautete folgendermaßen: Der alte Milchpreis wird von 1912 ab in vier Sommermonaten des Jahres wieder hergestellt. Diese vier Monate werden von den Milchproduzenten und von den Milchverfeßlern festgelegt und bekannt gemacht. Die übrigen acht Monate wird die Milch zu den jetzt geforderten erhöhten Preisen verabsolgt. Die vier Monate, in denen der alte Milchpreis wieder hergestellt wird, fallen in die Zeit vom März bis August. Günstigkeit sollen diese Abmachungen für die Dauer von sechs Jahren haben. Diese Vereinbarungen zwischen den beiderseitigen Kommissionen werden einer weiteren Instanz zur Beratung vorgelegt. Von Seiten des Lübecker Gewerkschaftsartells ist hierauf am 9. Oktober eine geschlossene Kartellversammlung mit sämtlichen Gewerkschaftsvorständen einberufen worden, in der die Abmachungen durchberaten wurden. Die Abstimmung ergab das Resultat, daß 24 Gewerkschaften für Annahme des Angebots, 5 dagegen stimmten, 2 Stimmenthaltung übten. 5 Gewerkschaften waren nicht vertreten. Somit war wohl die Annahme dieses Angebots trotz vieler schwerer Bedenken in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft gesichert. Die Kommissionen der Milchproduzenten und Milchverfeßler erbaten sich eine Frist bis zum 17. Oktober, weil erst dann ihre Versammlung stattfinden könnte, in der ebenfalls die Sache beraten werden sollte. Das Resultat dieser Beratung würde dem Kartellvorsitzenden am folgenden Tage mitgeteilt. Gestern morgen ist das denn auch geschehen. Die Antwort ist die Ablehnung des von den Kommissionen vereinbarten Abkommens. Der Presse wird nun von der Hanjanderei ein Bericht über diese Versammlung der Milchverfeßler zugelaufen, in dem es heißt:

Die Landwirtschaft sei durch die Dürre, besonders durch die Seuche und deren Folgen, aufs schwerste geschädigt; so geben Kühe nicht nur vereinzelt, sondern ein sehr

höher Prozentsatz, die löst 20 Liter und mehr geben nur wenige Liter Milch, viele gar keine, sodass die Landwirtschaft unbedingt mehr Geld für ihre Milch haben müsse, wenn sie nicht Geld zulegen wolle. Von einer Verteuerung der Milch in Lübeck könne keine Rede sein, da bis 1888 die Milch in Lübeck jährlich 20 Pfennig gekostet habe, und jeder müsse doch zugeben, daß seit 1888 die Kosten für den Milchhandel bedeutend gestiegen sind, die Löhne haben sich fast verdoppelt, die übrigen Betriebskosten haben gleichfalls eine bedeutende Steigerung erfahren, während der Wohlstand der Bevölkerung seit 1888 ohne Zweifel bedeutend zugenommen habe. Deshalb hat der Landmann das Recht, zu verlangen, daß ihm die Milch entsprechend der gesteigerten Milchproduktionskosten bezahlt werde, da andernfalls die Milchproduktion für die Landwirtschaft kein Interesse mehr habe. Bei einer gerechten nicht auktatorischen Verhandlung der Milchfrage müsse jedermann den Standpunkt der Landwirtschaft anerkennen.

Wer den Verhandlungen der beiden Kommissionen beigewohnt hat, der wird über diese eigenartigen Auslassungen, welche die bürgerliche Presse kommentarlos wiedergibt, einigermassen verwundert sein. Dort wurden zwar auch derartige Gründe ins Feld geführt, aber doch selbst von den Agrarern zugegeben, daß die gegenwärtige Milchknappheit und deren Ursachen nur eine vorübergehende Erscheinung seien, weshalb es denn auch zu der oben angebotenen Verständigung kam. Damit sind die zur Verschönerung und Rechtfertigung des Vorgehens der Milchverteurer gebrauchten Redewendungen von selbst widerlegt, denn diese suchen aus einem vorübergehenden Übelstand für sich einen erheblichen dauernden Nutzen herauszuschlagen. Geradezu lächerlich ist es, zu behaupten, von einer Verteuerung der Milch in Lübeck könne nicht die Rede sein, weil vor ungefähr dreißig Jahren einmal ein ähnlicher Preis bestanden haben soll. Für die Bevölkerung kann doch wohl nur der bisher geltende Preis als Maßstab in Betracht kommen. Da also nicht einmal das der Kommission gegenüber gemachte sehr geringfügige Entgegenkommen von der Interessentenversammlung akzeptiert worden ist, so muß die Sache weiter ihren Lauf nehmen. Es wird von den berufenen Vertretern der Arbeiterschaft die Frage zu prüfen sein, ob und wie der Boykott in verschärfter Form durchzuführen ist. Die eventuellen Folgen haben sich dann diejenigen zuzuschreiben, welche die für die günstige Gelegenheit zum Frieden von sich stießen. Die Parole lautet also nach wie vor: Keine Milch zu erhöhten Preisen!

Sausfabrik und Notstand. Der Ausschuss der Landesgruppe Lübeck des Sausabundes hat in seiner Sitzung vom 17. Oktober 1911 folgende Resolution gefaßt: I. Der durch die Entteuerungsresultate in weiten Teilen Deutschlands herbeigeführte Landwirtschaftliche Notstand (?) zwingt angesichts seiner Wirkungen auf Industrie, Handel, Gewerbe, einschließlic der Angestellten zu durchgreifenden Maßnahmen zur Sicherung der gegenwärtigen und künftigen ausreichenden Ernährung des deutschen Volkes. Tarifermäßigungen und Verkehrserleichterungen allein, wie sie bisher vorgenommen worden sind, reichen als wirksame Abhilfemaßnahme nicht aus, sie sind in angemessener Weise auszuweihen, vor allem auf die Beförderung von Getreide aller Art, Mühlenfabrikate, Kartoffeln und Gemüse. Vor allem aber ist, da Tarifermäßigungen in erster Linie eine Erleichterung in der Verteilung der vorhandenen Güter bedeuten, nicht aber für die Zufuhr genügender Gütermengen in Betracht kommen, für die Zeit des Notstandes in erster Linie die gleichzeitige Durchführung folgender Maßnahmen zu verlangen: 1. Die Gestattung der Zufuhr von lebendem Vieh aus allen in Betracht kommenden Ländern wie Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, Schweden und Argentinien, wobei nur diejenigen Beschränkungen zulässig sind, die ausschließlich sanitäre Zwecke verfolgen; 2. Die Erleichterung der Einfuhr und Verbreitung von Seefischgründung; 3. Die Aufhebung oder Herabsetzung der Zölle auf Gemüse; 4. Im Interesse der Aufzucht des Viehes für den kleinen und mittleren Grundbesitz eine weitere Herabsetzung der Eisenbahntarife für Futtermittel; ferner die zeitweilige Aufhebung oder angemessene Herabsetzung des Maiszölles, sowie des Zölles auf Futtergerste und auf Heu; 5. Die Revision des Getreideeinfuhrschein-Systems in der Richtung, daß durch zweckentsprechende Beschränkungen bei der Anrechnung der Einfuhrscheine eine ungesunde Ausfuhr des im Inland benötigten Getreides hintangehalten wird; 6. Im Interesse der durch die ungewöhnlich lange Einstellung der Binnenschiffahrt schwer geschädigten Industrieunternehmungen ist die schleunige Herabsetzung der Eisenbahntarife auf den Gesafslinien zu fördern. Die Durchführung der Maßnahmen unter I und II trägt den Lebensinteressen des deutschen Gemeinwesens Rechnung, ohne der Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion hinderlich zu sein. Sie dient nicht nur der wirtschaftlichen Fortentwicklung des deutschen Volkes nach innen, sondern liegt vor allem auch im Interesse der Wahrung unserer äußeren Machtstellung.

Winterlohn für lübische Staatsarbeiter. Man schreibt uns: Soziale Lohnpolitik kennen die Verwaltungsbehörden für die Betriebe des lübischen Staates noch nicht. Keinerlei soziales Empfinden wirkt bei der Abmessung der Löhne mit. Dafür spricht so recht der Abzug von den ohnehin niedrigen Löhnen im Winter. Ist die Arbeit zu beschaffen, daß sie nur bei Tageshelle erledigt werden kann, und die kurzen Tage lassen solchermaßen eine zehntündige Arbeitszeit nicht mehr zu, so wird gleichzeitig auch der Lohn geringer. Dem Staat geht's besser, denn die Arbeit wird auch so fertig und dem Arbeiter geht's schlechter, weil die Ausgaben im Winter steigen. Sparnisse konnten im Sommer aber auch nicht gemacht werden, dazu ist der Lohn zu klein. Woher nun nehmen und nicht stehen? In diesem Winter wird das redliche Durchkommen für diese Arbeiter noch schwieriger als sonst. Wir haben teure Zeiten. Man ist sich im ganzen Lande in allen Parlamenten, in den Städten und Gemeinden darüber einig: Die Teuerung wird eine anhaltende sein. Jede Teuerung, d. h. wenn der Preis für irgend einen unentbehrlichen Bedarfsartikel über das Normale steigt, bringt den Arbeiter in Not. Um so mehr müssen die Arbeiter in diesem Winter in Not kommen, wo die Teuerung ganz allgemein ist. Wenig lebenserzeugende Aussichten für die lübischen Staatsarbeiter. Nun haben die so gestellten Staatsarbeiter ihren Arbeiterausschuss beauftragt, an ihre respektiven Verwaltungsbehörden heranzutreten mit dem Ersuchen, ihnen den Sommerlohn auch während dieses Winters zu zahlen, eventuell Einrichtungen zu treffen, wie sie in anderen Städten bestehen. Bei der gleichen Arbeit wird in Hamburg ein kleiner Abzug von 20-30 Pfg. gemacht. Andere Städte zahlen im Winter auch den Sommerlohn. Lübeck macht aber hier Abzüge von 1 bis 3 Stundenlöhnen. Hoffentlich wird den Arbeitern ihr jetziger Lohn auch für die kommende teure Winterzeit bezahlt.

„Eine Frau ohne Bedeutung“. Wildes geistreiche und fesselnde Komödie, geht Sonntag nachmittags im Neuen Stadttheater als Vorstellung für den Arbeiter-Bildungsverein in Szene. Wir machen darauf aufmerksam, daß noch Eintrittskarten an den bekannten Stellen zu haben sind. Alle Plätze werden ausgelost.

Streikbrechergehalte engros enthält heute wieder bei „Lübeck General-Anzeiger“ und zwar handelt es sich gleich um 500 Tischer, die den Hamburger Holzindustriellen aus der Klemme helfen sollen. Wir brauchen wohl nicht noch einmal besonders zu betonen, daß kein anständiger Holzarbeiter zum Verräter an seinen Kollegen werden darf.

Schiffsverluste im September. In Schiffen von 500 Brutto-Reg.-L. und darüber sind im September 12 Segelschiffe mit 11 488 L. und 11 Dampfer mit 26 492 L. vollständig verloren gegangen, zusammen also 28 Schiffe mit 37 980 L., gegen 10 Schiffe mit 22 871 L. im September 1910 und gegen 14 Schiffe mit 28 971 L. im September 1909. Die Gesamtverluste in den jetzt verfloffenen neuen Monaten dieses Jahres betragen 151 Schiffe mit 302 900 L., gegen 144 Schiffe mit 298 639 L. in derselben Zeit des Vorjahres, und gegen 160 Schiffe mit 329 840 L. gleichzeitig in 1909. — Von den im September dieses Jahres verloren gegangenen Segelschiffen sind vier gesunken und abgebrannt, 6 gingen durch Strandung verloren und 2 wurden durch Feuer zerstört. Von den Dampfern sind 10 gestrandet und 1 ist durch Feuer verloren gegangen. Außer diesen Totalverlusten hatten noch 56 Segler und 422 Dampfer im September Havarien, gegen 80 Segelschiffe und 366 Dampfer im September 1910, gegen 84 Segelschiffe und 366 Dampfer im September 1909.

wb. Sausfabrik. Seit Dienstag gastiert das „Original-Parifiana-Ensemble“ im Theater an der Molsinger Allee. Von den vier Einaktern „Das starke Stück“, „Eine unmoralische Wohnung“, „Beregis“ und „Er, Sie und Jener“ ist das dritte — ein Drama — am bedeutendsten. Mit beregiss bezeichnen die Russen etwa Güte dich! Der Gang der Handlung ist kurz folgender: Der russische General Gregoroff spielt in Paris die Rolle des reichen Lebemanns. Den Sitten der russischen Regierungshandlanger gemäß ist er stark dem Trunke ergeben und in puncto „Weib“ kein Kostverächter. Das erklärt auch, daß von den dem russischen Volke abgepreßten Geldern Pariser Kokotten ausgehalten werden. Der General hat wieder einmal „eine neue Schönheit“ namens Lea entdeckt, die in das „separé“ seines Hotels eingeladen wird. Zunächst gibt sich die Halbweiblerin lebenswürdig und animiert den alten Leberegiss zum Trinken. Nach dem Champagner kommen die Vikore an die Reihe. Während der Fächerer erzählt die Exzellenz von vergangenen Tagen und entpuppt sich da als ein brutaler Tyrann. Er will auch wieder nach Rußland zurückgehen, weil er sich vor einem Attentat fürchtet; denn er hat es als Gouverneur besonders arg mit der Unterdrückung des Volkes getrieben. Mit einem humoristischen Anflug erzählt er seinem neuen Verhältnis, wie er einst einen jungen Revolutionär Jwan an den Galgen brachte. Das Geständnis hat er seinem gefesselten Opfer mit brennenden Zigarren erpreßt, die er dem wertlosen Unglücklichen auf die Haut presste. Durch diese Martern erhielt der Wüterich jede gewünschte Antwort. Die elegante Pariferin entsetzt sich darüber und als der alte Wüßling Zärtlichkeiten fordert, verweigert sie diese. Dadurch gerät die Exzellenz in Wut und Raserei und will das Weib zum Entgegenkommen zwingen. Nun hält diese den Zeitpunkt für „Beregiss“ gekommen. Sie offenbart ihm, daß sie nicht Lea, sondern Sonja heiße und vor ihm schon einmal auf den Knien gelegen habe, als sie um das Leben ihres Bruders Jwan bat, der durch den Tyrann gemordet worden ist. Jetzt sei der Tag der Abrechnung angebrochen. Die „Exzellenz“ schlägt Alarm, weil er in betrunkenem Zustande an den Beinen gelähmt ist und sich so nicht schämen kann, nachdem ein Wurf mit der Sektflasche nach dem Mädchen fehlging. Der General schreit nach dem Hotelpersonal und der Polizei. Bekannte stürzen herbei. Diesen gegenüber erklärt das Mädchen jedoch, daß der Alte betrunken sei und nicht mehr wisse, was er tue. Sie sei doch Lea, sein geliebtes Mädchen. Der General bittet vergeblich, ihn nicht allein zu lassen. Man hält ihn für betrunken und entfernt sich. Nun hat die Rächerin freie Bahn. Nachdem sie den Barbar mit dem vorgehaltenen Revolver zum Ausstellen eines Schecks gezwungen hat, erdroffelt sie ihn von hinten mittels eines seidenen Taschentuches an der Stuhllehne. Als das Leben dem Körper entflohen, ruft sie dann selbst die Geheimpolizisten — die der Präsekt mit der Überwachung der russischen Exzellenz beauftragt hatte — und das Hotelpersonal. Die Mörderin will fort, wird aber von den Geheimpolizisten zurückgehalten und die Kellner werden nach einem Wagen geschickt. Nummehr entpuppen sich die beiden „Geheimen“ als russische Revolutionäre und Sonjas Helfershelfer, so daß alle drei leicht entkommen. Die Darsteller boten sämtlich tüchtige Leistungen. Das Stück übte eine starke Wirkung auf die Hörer aus. Auch das zweite Stück „Die unmoralische Wohnung“ hat einen ernsten gesellschaftlichen Untergrund. Die beiden anderen Schwänke waren sehr lustig und pikant, aber in sehr dezentem Aufmachung. Beim Knalleffekt fiel jedesmal der Vorhang. Trohdem jagt ein Heiterkeitsausbruch den andern. Dekorationen, Kostüme und Schauspieler sind erstklassig. Das Publikum spendete reichen Beifall. Das Sausfabrik dürfte in den nächsten Tagen volle Häuser haben.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Freitag gelangt Müllers reizvolle Operette „Der Bettelstudent“ mit Fräulein Grete Braun vom Hamburger Operetten-Theater als Gast in der Partie der Laura zur nochmaligen Aufführung. — Am Sonnabend findet bei kleinen Preisen die letzte Aufführung des Schauspiels „Glaube und Heimat“ von Schönherr statt.

Schwartzau-Kensfeld. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariats findet morgen, Freitag, den 20. Oktober, von 5 bis 7 1/2 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Pinkert, Gasthof Transvaal, statt.

Cutin. Die amtliche Ermittlung des Wahlergebnisses der am 18. Oktober d. J. stattgefundenen Landtagswahl im 23. Wahlkreis (Fürstentum Lübeck, Nordbezirk) hat folgendes ergeben: Es sind abgegeben im ganzen 5355 Stimmen, davon ungültig 7, mithin 5348 gültige Stimmen. Es haben erhalten: 1. Bauunternehmer Steenbock, Cutin, 2992, 2. Fabrikant Rebenstorf, 2792, 3. Bürgermeister Mahlked, 2458 und 4. Hauptmann a. D. von Levechow-Sielbeck, 2408 Stimmen. Außerdem wurden 21 zerstreute Stimmen gezählt. Der Bauunternehmer Steenbock, Cutin und der Fabrikant Rebenstorf daselbst sind somit gewählt.

Hamburg. Die sozialdemokratische Bluttat! Die „Hamburger Nachrichten“ schrieben am 16. Juli „Auf einer Wiese in Altrahlstedt verblutete ein unschuldiges Opfer sozialdemokratischer Jugendverrohung... und das Schuldkonto der Sozialdemokratie ist aufs neue belastet durch eine grausame Bluttat.“ — Insam und lächerlich zugleich war dieser Angriff gegen unsere Partei, der von andern bürgerlichen Blätter mit Behagen weiter verbreitet wurde. Das konnte man schon damals sagen, als über die näheren Umstände, die zu der folgenschweren Tat eines Schulkindes in Altrahlstedt führten, noch nichts bekannt war. Jetzt sind sie durch die Gerichtsverhandlung bekannt geworden und wir können konstatieren, daß die Verleumder damit eine schwere Blamage erlitten. An einem Schulbeispiel wird hier wieder gezeigt, wozu hornierte Gehässigkeit in der Verteidigung einer schlechten Sache führt. Es ist damals sofort nachgewiesen worden, daß der Neuo-

Hoffmann durchaus kein Objekt sozialdemokratischer Jugend-erziehung sein konnte. Er ist der Sohn eines Bahnbeamten und trug in Altrahlstedt die „Neuesten Nachrichten“ aus Jümmern hin konnte man nach dem, was bisher bekannt geworden, annehmen, es handle sich hier um einen Lügner, der auf der Gasse verborben wurde, einen Kaufhölz, der der Schrecken der Kinder ist. Wie war man da erstaur in der Verhandlung vor der Strafkammer zu Altona, in der Anklageband ein Büchlein zu sehen, das kaum über die Barriere blicken kann. Der kleine Kerl erschien als alles andere, nur nicht als Kowboy. Er gehört zu den armen Geschöpfen, die durch die Not der Eltern früh ins Arbeitsloos gespannt werden und deren geistige Entwicklung dadurch stark gefördert wird. Vom zehnten Lebensjahre an oder noch früher ist er zuerst Lausunge und dann Bettelgänger-träger gewesen. Diese Beschäftigung hatte zur Folge, daß der aufgeweckte gute Schüler, der geistig über dem Durchschnitt steht, in den Leistungen zurückblieb und einmal nicht verfeßt werden konnte. Geschädigt wird er als ein Junge von weichem Gemüt, der freilich leicht reizbar ist. Wenn es auch hin und wieder an Schlägereien beteiligt war, so gingen diese doch nie über das unter Jungen übliche Maß hinaus. Da zog nun nach Altrahlstedt ein Herr Viktor Blobel, seines Zeichens Leutnant und Verwaltungsbeamter im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband. Seine drei Leutnantspräbinger Ingeborg, Marich und Harald, höhere Kinder, zeigten sogleich ihre überlegene Erziehung auf dem Gymnasium dadurch, daß sie ohne ersichtliche Veranlassung Hoffmann die häßlichsten Schimpfworte nachriefen. Wenn man auch nur ein Proletenjunges ist, empfindet man doch schon Schmeicheleien wie Zeitungsbrot, Butte usw. nicht als Freundlichkeiten. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß Hoffmann, als er einmal einen von dem Erio Ingeborg, Marich und Harald erwischte, diesen verbläute. Damit wäre die Sache nun auch erledigt gewesen, wenn sich jetzt Herr Viktor Blobel nicht selbst in die Sache gemischt hätte. Er nahm zunächst die Tatsachen protokolllarisch auf und schickte dann Ingeborg, Marich und Harald unter Führung des Dienstmädchens gegen den „Zeitungsbrot“ vor und beobachtete den Feldzug vom Fenster aus. Einmal konnte Hoffmann entweichen, ein zweites Mal aber erhielt er von dem Dienstmädchen Louise Fitch Prügel. Als der Knabe am 14. Juli das Mädchen wieder kommen sah, ließ er sich vom Bruder ein Messer geben. Es kam zu einer Rangelei, in der Hoffmann von dem Mädchen Ohrfeigen bekam, und als ihn die Fitch wieder schlagen will, da stieß er mit dem Messer zu und traf das Mädchen so unglücklich in den Hals, daß Schlagader und Vene, die dort unmittelbar unter der Haut liegen, zerstoßen werden. Das Mädchen ist an der Verletzung in kurzer Zeit verblutet. Das sind die traurigen Vorgänge. In der Beweisaufnahme handelte es sich hauptsächlich darum, den Leumund des Jungen festzustellen. Da wurde ihm allgemein das beste Zeugnis ausgestellt. Er sei ein freundlicher gut erzogener Junge, sein Lehrer erzählte, daß Hoffmann in sein Haus Zeitungen getragen und dabei mit des Lehrers Söhnen öfter gespielt habe. Er habe dabei nie etwas Häßliches von dem Jungen bemerkt. Nur Herr Viktor Blobel konnte nicht umhin, noch einmal auf den Jungen loszugehen. Nachdem er der ganzen Verhandlung im Zuhörerraum beigewohnt, meldete er sich plötzlich als Zeuge, um von seinen schönen Protokollen usw. zu erzählen. Der Vorsitzende ließ ihm deutlich merken, was das Gericht von seiner Aussage hielt. Der Staatsanwalt mußte anerkennen, daß es sich bei der Tat nur um die Folge verletzten Ehrgefühls, nicht um ehrlöse Motive gehandelt habe. Trohdem beantragte er zwei Jahre Gefängnis. Der Verteidiger Dr. Jonas meinte, vor allem sei zu prüfen, ob denn nicht eine Notwehrhandlung vorliege. Das Gericht verneinte das und verurteilte den Kleinen zu einem Jahre Gefängnis. Die drei Monate Untersuchungshaft, die selbst Dr. Reichardt als „unsym-pathisch“ bezeichnet hatte, wurden als verbüßte Strafe gerechnet. — Gemisse Kapitalistenblätter hätten jetzt alle Ursache, ihre Wertschätzung der Kinderarbeit zu revidieren. Selten sind die nachteiligen Folgen der Ausnützung kindlicher Arbeitskraft so furchtbar in Erscheinung getreten, als gerade in diesem von den „Hamb. Nachrichten“ heftig ausgebeuteten Falle. Der junge Verurteilte freilich dürfte verloren sein. Wenn er die Strafe wohl auch nicht weiter abhien, muß, so wird man ihn doch in der Fürsorgeerziehung verderben. So will es nun einmal die Schablone der amtlichen „Jugendfürsorge“.

Harburg. Unglücksfall mit tödlichem Ausgang. Mehrere Kinder spielten Dienstag in dem Sandberg bei der Chemischen Fabrik in Harburg an der Talstraße und hatten dort eine Höhle gegraben. Ein sieben Jahre alter Knabe, der sich darin aufhielt, wurde durch herabfallende Sandmassen verschüttet und konnte trotz sofort herbeigeholter Hilfe nur noch als Leiche aus dem Sand hervorgeholt werden.

Kiel. Die Lebensmittelveuerung vor den Kieler Stadtkollegien. In der Sitzung am 27. September beschloßen die Kieler Stadtkollegien, eine aus zwei Magistratsmitgliedern und drei Stadtratsmitgliedern bestehende Kommission zu bestimmen mit der Aufgabe, über Wege und Schritte zu beraten, die bei einer eventuell eintretenden Teuerung zu unternehmen sind, um den dadurch herbeigeführten Notstand zu lindern. In der vorgestiegenen Sitzung nun erstattete Bürgermeister Lindemann den mündlichen Bericht über die in der Kommission gepflogenen Verhandlungen. Der Referent gab zu, daß bei Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Milch, Kaffee, Brot und Fleisch zweifellos eine starke Verteuerung zu erwarten steht. Die Kommission habe sich auch eingehend damit beschäftigt, ob durch die Beschaffung von Kartoffeln, Hülsenfrüchten usw. durch die Stadt und deren Verkauf an die ärmere Bevölkerung Abhilfe geschaffen werden könne; in Betracht kommen mehr als 16 000 Familien, die weniger als 1600 Mk. im Jahr verdienen. In allen Fällen sei das jedoch für die Stadt als unmöglich befunden worden. Es handelte sich um eine Teuerung der Lebenshaltung, die durch einzelne Maßnahmen der Gemeinden nicht beseitigt werden könnte. Die ganze Finanzpolitik, die Erhöhung der Steuern und Zölle seien die Ursache der fortschreitenden Verteuerung. Man könne nur die zuständigen Stellen immer von neuem darauf hinweisen, ob es nicht an der Zeit sei, Maßnahmen zu treffen, die Teuerung zu lindern. Den Kollegen wurde daher empfohlen, eine dementsprechende Petition an die zuständigen Stellen im Reich zu richten. Nachdem Genosse Brecoor in längerer Ausführungen eingehend klar gelegt hatte, daß es der Gemeinde auch unter den obwaltenden Umständen möglich wäre, manche Maßregeln zur Linderung des Notstandes zu treffen, wurde der Antrag auf Ab-sendung einer Petition einstimmig beschlossen.

Leer. Arbeitsstellen. In der Korn- und Brezhefabrik A. G. zu Leer sind Differenzen ausgebrochen, weshalb der Verband der Brauereiarbeiter über diesen Betrieb für organisierte Arbeiter die Sperre verhängt hat.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: E. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. **Sämtlich in Lübeck.**

Telephonisch

können Inserate nur ausnahmsweise in ganz dringenden Fällen angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgebener Inserate übernehmen wir keine Garantie und können event. Fehler nur auf Kosten der Inserenten berichtigen.

Expedition des „Lübecker Volksboten“.

Komitee- und Kommissionssitzungen

Jugend-Ausschuß.

Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr präzise
Sitzung im Parteisekretariat

Nach langer Krankheit entschlief Dienstag mein lieber Mann und meiner Kinder treusorgender Vater
Hermann Plaßmeier.

Schmerzlich vermisst von mir und allen, die ihm nahe standen.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Maria Plaßmeier,

geb. Braesch, verm. Sorgenfrei, Beerdigung Sonnabend 19 1/2 Uhr vom Sterbehause Moissinger Deide.

Frbl. möbl. Zimmer zu vermieten, Augustenstraße 28, I., Dürtertor.

Ein starker guter Kinderwagen n. G. bill. z. verk. Doroteenstr. 14, II.

Zu verk. ein guterhalt. Herren-Winter-Paletot

Glandorgrstraße 5, II.

Lübecker Straßenbahn.

Die Raheburger-Allee-Linie, welche die Nr. 4 führt, wird am **Mittwoch, dem 18. Oktober cr.**

in Betrieb genommen und zwar hergestellt, daß die Wagen der Schwarztauer-Allee-Linie beim Kohlmarkt direkt durchfahren, wodurch eine direkte Verbindung zwischen dem Mühlenort und dem Bahnhof hergestellt wird.

Abfahrtszeiten:

Ab Raheburger Allee:

6.45 6.55 7.05 7.15 7.25 7.35
7.45 usw. alle 10 Minuten bis 10.55 und Spätwagen 11.25.

Ab Schwarztauer Allee:

7.07 7.17 7.27 7.37 7.47 7.57
8.07 usw. alle 10 Minuten bis 11.17 und Spätwagen 11.57 (nur bis Kohlmarkt).

Lübeck, den 16. Oktober 1911.

Die Betriebsverwaltung.

Zur Aufklärung

über die Herstellung von Palmöl

Es besteht vielfach noch die Ansicht, Palmöl sei ein aus verschiedenen Fetten zusammengesetztes Kunstprodukt, das irgend welche unbekannteren Zusätze oder Beimischungen enthalte. Obwohl schon der überaus reine Geschmack des Palmöls erkennen läßt, daß diese Annahme auf einem Irrtum beruht, erklären wir, um Mißverständnisse zu beseitigen:

Palmöl ist absolut reines Pflanzenfett und besteht einzig und allein aus dem sehr fettreichen Fleisch der Kokosnuß; es wird daraus durch Pressung und Reinigung gewonnen und weiß keinerlei Zusätze irgend eines anderen Stoffes auf (auch kein Wasser), enthält vielmehr 100% reines Fett.



Palmöl ist neuerdings auch wech (kohlensäurehaltig) zu haben.

H. Schlink & Co. A.-G.

Für die bestmögliche Leistung und Kranzpenden beim Begräbnis unserer lieben Mutter, Schwieger- und Großmutter, auch dem Herrn Hauptpastor Gaensel für seine trostreichen Worte, sowie den Mitarbeiterinnen der Firma F. G. u. Co. unsern innigsten Dank.

J. Ehmcke
und Familie.

Konsumverein

für Lübeck und Umg.
e. G. m. b. H.

Bestellungen auf Lieferung von Kartoffeln

werden jetzt in allen Warenabgabestellen in Lübeck entgegengenommen.
Der Vorstand.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck **Otto Albers** Kohlm.
Markt 4 10

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Lederhosen . . . 2.20—6.45
Maurerhosen . . . 2.60—6.75
Schlosserhosen . . . 1.88—5.25
Überziehhosen . . . 1.08—2.35
Zweit-Hosen . . . 1.68—3.25

Leinene Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Kragen, Hemden, Schlachterjacken, Freizeithosen, Malermäntel ertauslich billig. Nähen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Note Lübecam.

Freie Jugend Lübecks.

Sonntag, den 22. Oktober 1911, nachmittags 4 1/2 Uhr:

Zusammenkunft

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Vortrag: **Emanuel Geibel.**

Der Jugendausschuß.

Fertige Betten, Bettstellen, Matratzen

Bett I Gute Federn u. Inletts 22.50
Bett II Bessere Federn u. Inletts 27.50
Bett III Ia. Federn u. Inletts 75.00

Eiserne Bettstellen von 4.80 an.
Holz-Bettstellen von 11.00 an.
Matratzen mit Keil von 4.50 an.

Pr. staubfreie Federn Pfd. 50 60 1.00 1.35 2.00 2.60 bis 4.00
Pr. federdicke Inletts Mtr. 50 75 1.00 1.35 1.80 2.20 bis 3.50
Nähen der Inletts gratis.

Unsere Läger in Herren- u. Knaben-Garderoben sind jetzt vollständig sortiert und offerieren wir zu äußersten Preisen:

Herren-Anzüge 10.50 13.50 15.75 19.50 23.00 27.00 bis 41.00

Herren-Paletots 11.00 16.50 21.00 25.50 30.00 35.00 bis 46.00

Loden-Joppen mit Futter 6.00 8.50 11.50 13.00 16.00 bis 19.00

Loden-Joppen f. Knaben mit Futter 2.75 3.60 4.20 4.80 bis 9.50

In Winter-Unterzeugen

bieten unsere Läger große Auswahl zu billigen Preisen.

Flanellhemden . . . 4.50 bis 7.00 Jagdwest. 2.00 2.70 3.20 3.60 b. 9.50
Flanellhosen . . . 4.50 bis 6.00 Dam.-Westen 1.00 1.40 1.90 2.50 b. 5.50
Normalhemden . . . 1.00 bis 4.50 Krumpffreie Hemdenflanelle
Futterhosen . . . 1.40 bis 2.90 Meter 1.20 1.40 1.60 bis 2.50
Gaschen-Jacken 5.50 6.50 bis 7.50

Trotz dieser billigen Preise rote Lübeck-Marken.

Bahr & Umlandt

Breite Straße 31.

ES IST NICHT EINERLEI!



wo Sie Ihre Nähmaschinen, Fahrräder oder deren Ersatz- u. Zubehörteile kaufen.

Kaufen Sie nur bei der anerkannt soliden Firma

Heinr. Körner, Sr. Burgstr. 23.

Fernruf 1685.

Sachverständige Bedienung, billigste Preise, weitgehendste Garantie. — Auf Wunsch Teilkzahlung.

II. Sorte Meierei-Butter

pro Pfund 1.45 Mk.

Frische Meierei-Butter

pro Pfund 1.40 Mk.

Gute **Kochbutter** pro Pfund 1.30 Mk. empfiehlt

Th. Storm Nachfl.

Königsstraße 98.

Fernsprecher 473.

Nur ein Versuch

und Sie ziehen stets

MOKASAN-GESUNDHEITSKAFFEE

allen Kaffee-Ertragsmitteln vor.

General-Vertreter für Deutschland:

H. Scholl & Co., Cassel.

Vertreter für Lübeck und Umgegend:

Johannes Frauböse-Lübeck, Fernspr. 2085.

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Vorstellung im Neuen Stadttheater am Sonntag, d. 22. Oktober 1911, nachmittags 3 Uhr.

Eine Frau ohne Bedeutung.

Komödie in 4 Akten von Oscar Wilde.

Preis der Karte 60 Pfg., inklusive Garderobe.

Die Auslosung der Plätze erfolgt am Sonnabend, dem 21. Oktober, abends von 6 1/2 bis 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50/52.

Die gelöste Karte berechtigt nicht zum Eintritt, sondern ist bei der Auslosung gegen Empfang der nummerierten Bilette zurückzugeben.

Karten sind im Gewerkschaftshaus, im Parteisekretariat, in der Expedition des „Lübecker Volksboten“ und in den Verbandsbüros zu haben.

Der Vorstand.

Morgen, Freitag:

Großes Ausspielen von Gänsen, Karpfen und Rindfleisch.

Hierzu ladet freundlichst ein

Gottfried Matthiessen

Fischergrube 67.

Mitglieder-Versammlung

der **Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer**

(eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2)

Freitag, 20. Okt. 1911

abends 8 Uhr

im Lokale des Herrn J. Mohr, Hundestrasse 101.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung.
2. Welche Ansicht herrscht unter den Mitgliedern über die zukünftige Gestaltung der Kasse? Soll sie, um den Anforderungen der Reichsversicherungsordnung zu genügen, in eine Ersatz- oder Zuschußkasse umgewandelt werden?

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Achtung!

Schauerleute!

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

Freitag, 20. Oktober

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Lohnkommission.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Gesangverein „Eiche“.

General-Versammlung

am Freitag, dem 20. Oktbr.

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Besprechung über Verschmelzung.
2. Abrechnung vom 3. Quartal.
3. Innere Vereinsangelegenheit.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Vortragskursus für Arbeiter.

Freitag, den 20. Oktober

abends 8 1/2 Uhr präzise:

2. Duncker-Vortrag

über

„Die wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialismus“.

Zu zahlreichem Besuch laden ein

Die Kartellkommission.

Der Vorstand des Soziald. Vereins.



Täglich abends 8 1/2 Uhr:

Origin-Parisiana-Gastspiel

mit d. neuest. Schlag. d. Saison.

Das starke Stück.

Schwank in 1 Akt von Jul. Deh.

Er — Sie und Jener.

Schwank i. 1 Akt v. Neumann-Doser

!! BERGISS !!

Drama in 1 Akt v. André de

Laude und P. Chaine.

Die unmoralische Wohnung

Schwank in 1 Akt v. Neg. Engel.

Vorverkauf bei Sager.

Vorzugskarten wochentags

gültig.

Neues Stadttheater.

Freitag, 20. Oktober. 7 1/2 Uhr.

Voll-Abonn. 30. Freitag-Ab. 6.

Gastspiel Grete Braun

vom Hamburger Operetten-Theater.

Der Bettelstudent.

Operette von Willstätter.

Laura — Fr. Braun a. Gast.

Sonnabend, 21. Oktober. 7 1/2 Uhr.

Voll-Ab. 31. Außer Sonnab.-Ab.

Bei kleinen Preisen!

Glaube und Heimat.

Schauspiel von Schönherr.

Zu Vorbereitung! Neu!

Tantris der Narr.

Drama von Ernst Berdt.

Intimes aus der Fortschrittlichen Volkspartei.

Frau Wertheim, die aus dem Metternich-Prozess bekannt gewordene Mutter der Dolly und Geldgeberin des braven Oberleutnants Vetter, veröffentlicht jetzt im „Kleinen Journal“ unter der Überschrift: Meine Glaubwürdigkeit im Metternich-Prozess, Enthüllungen aus der Berliner Gesellschaft. Politisch interessant ist dabei folgende Passage:

„Man fürchtet mich auch! Man zittert vor meinem Buch Tammany, das kein Roman ist, dessen Anfang durch Indiskretion meinen deutschen Lesern bekannt, so ergötlich wieder gibt, daß, während der Kampf im Reichstage tobte und Müller-Sagan seine Symne auf die Warenhäuser gegen Ranz ankämpfte (was Brot ich esse, des Lied ich singe), durch das größte Berliner Warenhaus ein stiller Mensch schlich, der unentwegt „mauste“, und als man den Edlen dingfest machte, da war es Eugen Richters stolzer Erbe, Herr Müller-Sagan! Die liberale Partei, die just durch Herrn Rosenow 3000 Mark für die „Freisinnige Zeitung“ kassiert hatte, und welche wahrscheinlich nicht undankbar ist, hat es vorgezogen, diesen Herrn, dem Abolution ertheilt war, weiter das deutsche Volk vertreten zu lassen! Ich muß sagen, meine Benignität war anderer Ansicht: Ich finde, „der Gipfel der Geschmacklosigkeit“ wurde nicht errichtet, ein Aijgl für Kleptomane zu sein. Der deutsche Reichstag, noch nicht so weit, seine Mitglieder von Wertheims Gnaden zu beziehen. Als ich erfuhr, flog Herr Müller-Sagan trotz Dr. Wiemers Briefe, trotzdem Herr Fischbeck hippernd bei uns erschien!“

Die „Freisinnige Zeitung“ antwortet darauf folgendes:

„Am 20. Mai 1910 hat Abgeordneter Dr. Wiemer ein mit Wolf Wertheim unterzeichnetes Schreiben erhalten, worin Mitteilung von einer Verletzung des früheren Abgeordneten Müller-Sagan gemacht wurde. Beigefügt war die Kopie einer eidstattlichen Versicherung vom 20. Mai 1910, die anscheinend von einem früheren Angestellten des Hauses A. Wertheim herrührte und die Behauptung enthielt, daß Herr Müller-Sagan im Jahre 1905 im Hause A. Wertheim „bei Ausübung eines Diebstahls ertappt worden sei“. Abgeordneter Wiemer hat den Empfang des Schreibens und um Rücksprache zur Feststellung des Sachbestandes erlucht. In einem Schreiben vom 29. Mai 1910 hat Herr Wolf Wertheim eine Unterredung für überflüssig erklärt. Ein weiterer Briefwechsel hat nicht stattgefunden. Die von der Leitung der Partei unverzüglich veranlaßten Ermittlungen haben ergeben, daß sich Ende des Jahres 1906 ein ähnlicher Vorgang, wie der behauptete, im Hause A. Wertheim ereignet hat. Herr Dr. Müller-Sagan, der damals eine schwere Nervenkrankung durchmachte und unter der Einwirkung starken Morphiumgebrauchs stand, hat bei einem Einkauf einen nahezu wertlosen Gegenstand sich angeeignet. Von diesem fast vier Jahre zurückliegenden Vorkommnis haben die Abgeordneten Wiemer und Fischbeck ebenso wie andre Fraktionen-

kollegen erst durch das erwähnte Schreiben von Wolf Wertheim Kenntnis erhalten. Nach Beratung in einem engeren Kreis von Parteifreunden hat der Vorsitzende des Zentralausschusses, Abgeordneter Funck, Rücksprache mit Herrn Dr. Müller-Sagan gehalten. Am 9. Juni 1910 hat die „Freisinnige Zeitung“ die Mitteilung veröffentlicht, daß Herr Dr. Müller-Sagan sein Landtagsmandat am Schlusse der Tagung niederlegen werde. Von dem Entschluß des Rücktritts hat Abg. Fischbeck Herrn Wolf Wertheim in einer Unterredung Mitteilung gemacht. Dem Reichstag hat Herr Müller-Sagan zur fraglichen Zeit nicht mehr angehört, er hat bei der Wahl von 1907 nicht mehr kandidiert.“

Eigentümlich ist, daß Wertheim plötzlich im Jahre 1910 es für nötig hält, den Leitern der Freisinnigen Gruppe zu schreiben, daß vor fünf Jahren einer der Ihrigen in seinem Geschäft gemauert habe. Sedenfalls scheinen die Beziehungen der Freisinnigen zum Hause Wertheim in einem höchst eigentümlichen Licht. Durch die verkniffene Erklärung der „Freisinnigen Zeitung“ wird dieser Eindruck nur noch verstärkt. Und wenn dieses Blatt zum Schluß schreibt:

„Was die Behauptung angeht, daß Herr Rosenow 3000 Mk. für die „Freisinnige Zeitung“ kassiert habe, so stellen wir mit Ermächtigung des Abgeordneten Rosenow fest, daß dieser niemals einen Geldbetrag bei Wertheim für die „Freisinnige Zeitung“ kassiert hat.“

so muß man fragen: auch nicht für die Freisinnige Partei?

Staduerordneten-Wahlen in Belgien.

Aus Brüssel wird uns geschrieben:

Alle vier Jahre wird in Belgien am gleichen Sonntage, der für alle Wahlen geleglich vorgeschrieben ist, der „Gemeinderat“ zur Hälfte erneuert, welchem die „Schöffen“, die Exekutiv-Beamten, die in Preußen den Namen „Stadtrat“ führen, ebenfalls angehören; insbesondere gehört auch der nach der Verfassung von der Regierung zu ernennende Bürgermeister dem Gemeinderate an und wird zufolge eines ungeschriebenen Gebräuchs in der großen Mehrzahl der Fälle auch der Mehrheit der Versammlung entnommen. Die diesjährigen Wahlen haben jedoch eine besondere, man kann sagen, ausgesprochen politische Bedeutung, was äußerlich in der großen Zahl von sozialistisch-liberalen, also antiklerikalen Wahlkartellen zum Ausdruck kommt. Diese Wahlen finden nach dem Verhältnisystem statt, sofern überhaupt mindestens drei Listen von Kandidaten eingereicht worden sind. Unter allen Umständen aber wird die ganze Liste für gewählt erklärt, wenn sich auf sie mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen vereinigen.

Das Gemeindevahlrecht ist kein Bestandteil der Staatsverfassung, zu deren Abänderung in Belgien die Neuwahl der beiden Kammern erforderlich ist, nachdem ein allgemeiner Beschluß zustande gekommen, der sich für die Abänderung überhaupt mit einfacher Stimmenmehrheit ausdrückt. Zur Abänderung selbst ist jedoch eine Zweidrittelmehrheit nötig.

Schlimmer noch als durch eine solche Beseitigung der Verhältniswahl in Ortschaften, wo noch kein nennens-

wertiger Bestandteil der Wähler zu uns gehört, werden unsere Genossen allenthalben durch die Pluralstimmen so wie durch das Erfordernis eines dreijährigen Aufenthalts in der gleichen Gemeinde des Landes benachteiligt. Umsomehr, als diese drei Jahre bereits am 1. Juli des Jahres abgelaufen sein müssen, in welchem die Wählerlisten aufgestellt werden: dies bedeutet wiederum mindestens ein volles Jahr. Und während bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften ein Wähler höchstens drei Stimmen besitzen kann, darf ein Kommunalwähler bis vier Stimmen abgeben, wenn er bestimmte Zensusbedingungen erfüllt, denen die Gewährung einer Zusatzstimme an über 35 Jahre alte Familienväter als einziger Ausgleich gegenübersteht.

Weiter ist dabei zu berücksichtigen, daß ja im Durchschnitt das Wahlrechtsalter um die Hälfte der Wahlperiode überschritten ist, wenn nicht gerade eine Auflösung stattfindet, daß also beispielsweise ein Bürger, der am Tage der Wählerlisten-Aufstellung nur ganz wenig von dem erforderlichen Alter entern ist, nach der Erreichung des Wahlrechtsalters noch beinahe eine ganze Mandatsperiode hindurch warten muß, bis er wirklich wählen darf; sein Nachbar dagegen, der nur wenige Wochen älter ist, geht schon dieses Mal zur Urne.

Unsere Genossen hatten nun bestimmt erwartet, daß die Regierung beziehungsweise die klerikale Kammermehrheit, dies Geleg der „vier Intimen“ wenigstens soweit mildern werde, daß für die Wahlen zur Gemeindevertretung die gleichen Bedingungen genügen, wie die zur Kammer, daß man also statt erst mit dreißig Jahren bereits mit 25 Jahren Wähler sein und statt dreier (in der Praxis allerdings wie gezeigt, mehr als vier) Jahre Wohnsitz, ein Jahr zur Wahlberechtigung genügen sollte. Aber diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Die Regierung hat sogar durch die Einbringung eines Schulgesetzentwurfes die Gewissensfreiheit mit einem so gefährlichen Angriff bedroht, daß die beiden antiklerikalen Parteien zu gemeinsamem Protest gegen seine Einführung sich zuammenschlossen. Nach diesem Entwurfe sollte jeder Vater für jedes Kind einen „Bon“ (Gutschein) erhalten und ihn an Stelle des Schulgeldes an die Schulverwaltung seiner „freien“ Wahl abgeben können, die dann ihrerseits vom Staate für jeden derartigen Schein den Betrag von ungefähr 35 Franken erhalten sollte. Es ist leicht zu begreifen, daß ein solches System zu den unlauesten Manipulationen Anlaß gegeben hätte. Die Gerechtigkeit hätte alle ihre mannigfachen Zwangsmittel anwenden können, um ihren Klosterkinder nach „freier Wahl“ die Kinder und insbesondere die schöne Summe von insgesamt etwa zwanzig Millionen Franken jährlich zuzuführen.

So kam es, daß sich an der Manifestation vom 15. August, die ursprünglich als eine reine sozialistische geplant gewesen war, die Liberalen beteiligten, allerdings hatten sie sich auf das allgemeine und gleiche Wahlrecht durch den Mund ihrer Führer ausdrücklich verpflichtet, doch lautete ihre Forderung auf 25 Jahre und ein Jahr Wohnsitz, während unsere Genossen, entsprechend unserem Programm, das Wahlrecht für alle 21 Jahre alten Belgier nach halbjährigem Wohnsitz verlangen; ist doch unter dem Zensusystem, das ja allerdings die Arbeiterklasse von der Urne ferngehalten hatte, bereits diese Altersgrenze maßgebend gewesen.

Die Ausschließung vom Wahlrecht erfolgt aus den bekannten Gründen, die im Klassenstaate geltend gemacht

Mut zur Sünde.

Roman von Max Kreger.

(18. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten; alle Rechte vorbehalten.)

Frobel junior, teils schüchtern solchen Eindringlingen gegenüber, teils zu gut erzogen, um stolz zu sein und sich lumpen zu lassen, erinnerte sich sofort der drei Blaulinge in der Tische und wurde zum Gastgeber, womit durchzubringen ihm durchaus nicht schwer wurde. Natürlich hielt es Nina für selbstverständlich, daß man noch zwei Souvers mehr bestellen müsse. Frau Käsemann zierte sich erst ein wenig, obgleich sie die Serviette bereits über den Schoß gebreitet hatte. Ihr Gatte sagte aber gar nichts dazu, denn auf seinen Fahrten, die Alkoholproben im Karton, war er schon längst daran gewöhnt, weder zu widerstreben noch zu bezahlen. Da er einen Wolfshunger hatte, so faute er vorläufig an einem trockenen Weißbröckchen, das er aus dem Brotkorb genommen hatte. Dann reichte er wiederholt den kurzen Hals nach dem Nebenzimmer, moher der Kellner kommen mußte; und schließlich irrten seine hervorquellenden, rot umrandeten Säueraugen beweglich im Kreise herum und blieben auf der Champagnerflasche haften, denn sein Glas war noch immer leer, obwohl er schon zweimal zu der Tuieren die Anspielung gemacht hatte: „Was trinken wir denn?“ Endlich, als er sich auch darüber nicht mehr zu beklagen hatte, erhob er sein Glas zu dem Wohlthäter und prostete auf dessen liebe Gtern. Dann, nach der Kraftbrühe in Tassen, wurde er redselig: „Eine schöne Oper, der „Kosillon“, gurgelte er hervor. „Tott, die habe ich schon als Hofenmag gehört. Ihr lieber Verwandter hat eigentlich recht hübsch gesungen. Sehr gut gemacht, seine Sache, sehr gut.“

Nina sah ihn erzürnt an. „Aber rede doch nicht, es ist doch gar kein Verwandter von Herrn Frobel“, sagte sie grob, weil sie dem Gelebten das Unbehagen anmerkte.

„Doch nur ein Bekannter“, warf die launende Gattin ein. „Du immer mit deinem Gedächtnis!“ Es sollte zugleich als Entschuldigung zu Günther dienen, der sich in dieser Gesellschaft immer noch nicht zurechtfinden konnte, sondern zu allem nur gemessen und höflich nickte und sich ganz den Bestimmungen des süßen Mädchels überließ, deren Nähe die Situation allein erträglich machte. Sicher wäre das Ehepaar für andere verdaulicher gewesen, und gewiß zeigte es sich nicht unhöflich und konnte sich, was sein Vukeres anbetraf, überall sehen lassen; aber es paßte nicht in seinen Rahmen, vor allem nicht in seine Stimmung hinein. Was wollten sie von ihm, weshalb belästigten sie ihn? Wochten sie sein und bleiben,

was sie wollten — er hatte es nur mit ihrer Tochter zu tun. Er empfand diese Aufdringlichkeit wie eine Verleumdung, und wenn es schließlich gewesen wäre, so hätte er zu ihnen gesagt: Essen Sie und trinken Sie so viel Sie wollen. Es war mir ein großes Vergnügen, aber ich muß fort. Komm, Nina, begleite mich.

Denn ohne sie wäre er natürlich nicht gegangen; dazu machte sie ihn wieder viel zu sehr warm. Ihre Wutausgen baten auch fortwährend so sehr, daß sein Groll allmählich gedämpft wurde. Und als sie ihm dann ins Ohr raunte: „Wir schieben sie bald ab“, war er bezwungen. Und schließlich, als er sah, daß niemand sich mehr um sie bekümmerte, und als dann Herr Käsemann, angenehm gesättigt, den halbwegs gebildeten und erfahrenen Mann heroorkehrte, der namentlich in der Handeltswelt gut Bescheid wußte, bekam er sein seelisches Gleichgewicht wieder und fügte sich mit Humor.

Die Unterhaltung riß ihn auch mit fort, denn Frau Käsemann sprach ganz klug über Theaterverhältnisse, wozu sie sich als frühere kalte Damsell in einem Theaterrestaurant für berechtigt hielt. Und ihr Gatte, der sich befleißigte, in seiner Sprechweise nicht zu sehr zu berlinern, obgleich das „bet“ sich immer noch verschämt hervorwagte, gab reichlich seinen Senf zu, wobei er nicht vergaß, immer tapfer einzuhauen, was übrigens die holde Gattin auch tat. Sie ließ nichts auf der Servierschüssel, und wenn ihr Mann etwas liegen ließ, so sagte sie: „Dann nehme ich mir's noch.“

Schließlich pusteten sie beide vor Fettigkeit — aber sie aßen weiter. Nur nicht dem Wirt etwas schenken — so hieß stets ihre Parole; am allerwenigsten, wenn es nichts kostete. Und dann griffen sie wieder zum Glase und sagten einfach „Kroft“, womit es besonders Herr Käsemann eilig hatte. Wenn schon, denn schon. Gutes Champagner trank er höchstens am 29. Februar, und der lag immer in einem Schaltjahr. Also.

„Wie finden Sie denn die Musik hier?“ fragte er dann und berührte damit sein verflorenes Fach, denn er hatte früher an derselben Vorstadt Bühne, wo er seine Frau kennen gelernt hatte, die Klarinette geblasen, bevor er, angeregt durch einen Bekannten, sich auf die Alkoholproben gelegt hatte. „Merkwürdig, wieviel jetzt in Berlin gefiedelt wird. Auf de Höse dürfte sie nicht mehr, dann jeht sie in de Kneipen.“

Frobel junior fand das sehr witzig und lachte, und Frau Käsemann, die das als Auszeichnung für ihren Mann betrachtete, nickte bedeutungsvoll und warf ein: „Ja, davon verstande was, Alterchen.“ Und verließ

drückte sie ihm dann die Hand, die noch immer rastlos arbeitete.

„Spah, id kenn doch de Welt“, entgleiste der Gatte wieder und verriet dann selbstbewußt, daß das die „Träumerei“ von Schumann sei mit der man toeben „losgelagt“ habe. Und hingerrissen davon, ahmte er leise Klarinettenklänge nach, die mit der Muffel mitsingen. Das hatte er ganz vorzüglich heraus, sodas Günther staunend ihm seine Anerkennung zeigte und dabei unmerklich an den Alten zu Hause dachte, der mit seinem Weifen und Trompeten hier zu einem Quert gefehlt hätte. Merkwürdig, was manche Menschen für Streckenferde ritten!

„Wie gefällt Ihnen denn unsere Nina auf der Bühne?“ schritt dann Frau Käsemann diese bedeutame Frage an. „Die spielt doch alles mit Talent, nicht wahr? Der Direktor lobt sie auch sehr.“

„Kollen muß se haben, Kollen“, unterbrach Herr Käsemann seine Kunstfertigkeit. „Und die nötige Empfehlung mit'n Gönner dran. Ins Velling muß se, ans Deutsche. Meinen Sie nicht auch, mein lieber Herr Frobel? Verdienen Sie sich mal den Vorbeerentranz, dann kommen Sie in de Kunstgeschichte.“

Günther faßte das als kleine Scherze auf, die man in der Champagnerstimmung veranlagt einstecken müsse.

Die Tische leuchteten sich schon, die drei Becken am Fenster waren bereits gegangen, aber Käsemanns rührten sich nicht. Sein Gesicht war immer braunroter geworden, die Wangen seiner Frau dagegen glänzten bereits wie Speck, und wenn sie lachte, legte sich das Stumpfknäcken immer mehr zwischen den Falten zu, und die wie bei einem Mondgesicht um den Mund liefen. Von dem frischen Obst hatte sich Herr Käsemann einen Apfel eingesteckt, weil er behauptete, Apfel immer vor dem Schlafenachen zu essen; und die bessere Hälfte knackte noch immer die Mandeln und nachte von den trockenen Trauben, bis nichts mehr übrig blieb. Und sie schwagte dabei unaufhörlich, denn sie hatte einen Spiz weg, das merkte man.

Dann, als die Damen den Tisch verlassen hatten, machte sich Herr Käsemann an die Seite des jungen Frobel und weichte ihn in gewisse Familiengeheimnisse ein. Nina sei nur ihre Pochtochter, die sie schon als kleines Kind angenommen und adoptiert hätten, weil mit seiner Frau „nichts zu wollen“ sei. Daher die Freiheit des holden Töchterchens, die man ihr als Theaterkind nun einmal lassen müsse; denn ihre Mutter sei „da draußen“ erlie Liebhaberin gewesen und dann verstorben und gestorben. Zigeunerleben, Zigeunerleben! Kultissenleben, Kultissenleben.

werden, um die Opfer der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung als Menschen zweiten Ranges hinzustellen; so zieht in Belgien eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten den Verlust des Wahlrechts auf zehn Jahre ohne weiteres nach sich. Andererseits hat man auch — man liebt den Verrat und nicht den Verräter — alle Inhaber von Bordellen zeitweilig vom Wahlrecht ausgeschlossen, während sie ja in Preußen sogar erstklassig wählen können, wenn ihr sauberes Handwerk nur einträglich genug ist.

Eine nicht oft in Wahlgesetzen vorkommende Besonderheit bildet auch die Tatsache, daß man bereits mit 25 Jahren gewählt werden kann, während man 30 Jahre alt sein muß, um Wähler zu sein! Seit 16 Jahren werden je nach der Größe der Stadt, jedesmal in einem besonderen Wahlgange, der gewöhnlich acht Tage nach der Hauptwahl stattfindet, je ein oder zwei Vertreter der Arbeiter und der Arbeitgeber gewählt, welche mit den aus den allgemeinen Wahlen hervorgehenden Stadtverordneten völlig gleichberechtigt sind. An dieser Wahl nehmen alle diejenigen Bürger teil, welche sowohl zu den unteren Gewerbeberufen als auch zu den höheren 8 Stadtverordneten mehr, da ja diese Wahl gleichfalls alle vier Jahre erfolgt und die Mandatsdauer 8 Jahre beträgt.

Für die Wahl selbst werden nur die Vormittagsstunden gebraucht, da für die Auszählung viel mehr Zeit erforderlich ist, als etwa bei unsern Reichstagswahlen, und man gern am Abend die Ergebnisse kennt; ein Schleppland wird durch die gesetzliche Wahlpflicht entbehrlich gemacht und so bietet die Stadt während der Wahlstunden keinerlei Veränderung; selbst vor den Wahllokalen fallen nur die Zettelverteiler auf, kein Hasten, keine Droschken, keine Automobile. Um jeden Mißbrauch auszuschließen, hat der zuständige Minister zu dieser Wahl zum ersten Male die Einrichtung vorgeschrieben, daß jeder Wahlzettel in einer Ecke eine laufende Nummer erhält, die nach der Markierung durch den Wähler vom Vorliegenden abgetrennt wird. Jeder Wähler hat seine Wahlleistung vorzulegen, die die Anzahl der ihm zukommenden Stimmen enthält und die nach Abgabe der Stimmzettel abgestempelt wird. Dieser Stimmzettel enthält alle rechtzeitig und in richtiger Form eingereichten Listen; der Wähler bezeichnet die von ihm gewünschten Kandidaten durch Ausfüllen eines weiß gelassenen Punktes auf schwarzem Felde. Durch die Wahlpflicht werden der Regierungspartei sicherlich viele Stimmen politisch indifferenten zugeführt, die eben mangels anderer Gesichtspunkte für die augenblicklichen Machthaber votieren; und es ist sehr kennzeichnend für den Ernst, mit dem die Wähler des erwähnten Schulgesetzentwurfes den Besuch der Schule sichern wollten, daß die den säumigen Eltern angedrohten Strafen ganz gering bleiben sollten, während jemand, der unentschuldig nicht wählt, ziemlich streng bestraft wird; und doch kann ja bei der geheimen Wahl niemand an der Abgabe eines ungültigen Zettels gehindert werden, während der Schaden, den ein Kind an seiner geistigen Entwicklung nimmt, wenn es die Schule nicht besucht, gar nicht wieder gut zu machen ist.

Der eigentliche Wahlkampf findet für einen kleineren Kreis in der Presse der verschiedenen Parteien statt, für die große Masse der Wähler — von denen ein beträchtlicher Teil ja durch die Schuld der Regierung nicht schreiben und lesen kann — aber vielfach durch Karikaturen und symbolische Zeichnungen, die öffentlich, von polizeilicher Bevormundung nicht beeinträchtigt, angehängt werden, daneben durch Postkarten, die Veräberungen dieser Bilder enthalten.

Die Minderheit der Partei, welche den reinen Klassenstandpunkt vertritt und demgemäß grundsätzliche Gegnerin des Kartells ist, hat ihre Propaganda mit Rücksicht auf die Mehrheitsentschlüsse während der Wahlagitatio n natürlich ruhen lassen; nichtsdestoweniger hat eine führende klerikale Zeitung es für angebracht gehalten, zwei Genossen namentlich aufzuführen, die für die Klerikalen stimmen werden, um nicht fürs Kartell votieren zu müssen; den

Beweis oder auch nur den Schatten eines solchen ist man kaum ist es nötig, dies zu betonen, natürlich schuldig geblieben. Zur Rede gestellt, antworten die Klerikalen etwa: Wir haben dies ja nicht behaupten wollen, es hätte uns nur nicht gewundert, wenn diese Tatsache eingetreten wäre.

Die Wahlen fanden statt in etwas über 2 600 Gemeinden, in welchen mehr als 12 000 Gemeinderatsmitglieder zu wählen waren. Die Mindestzahl der Mitglieder beträgt in Gemeinden unter 1000 Einwohnern 7; steigt mit zunehmender Einwohnerzahl bis auf 39 (einschließlich der erwähnten Arbeiter- und Arbeitgebervertreter) in Städten mit über 70 000 Einwohnern. Der Durchschnitt von nicht ganz 5 in jeder Gemeinde, was einer Gesamtzahl von 10 Mitgliedern des Gemeinderats entspricht, zeigt, daß die kleinen Gemeinden die Regel sind, in welchen eben auch der Geistliche auf jeden einzelnen Bürger seinen Einfluß geltend machen kann, direkt und was für die Arbeiter ja oft viel schlimmer ist, indirekt durch den Arbeitgeber. In einer großen Zahl von solchen kleineren Gemeinden wurde nur eine einzige Liste eingereicht, die dann auch ohne einen Wahlakt als gewählt erklärt wird. Da der gleiche Modus auch für die Arbeiter- bzw. Arbeitgebervertreter zulässig ist, so konnten für die Stadt Brüssel die Arbeitervertreter als gewählt proklamiert und die für den 22. Oktober angelegte Wahl als unnötig erklärt werden.

Während des ganzen Wahlkampfes haben die Klerikalen versucht, die Stadtverordnetenwahlen als unpolitische hinzustellen; sie haben jedenfalls nichts Gutes vorausgesehen. Doch kann es wirklich keinem Zweifel unterliegen, daß die Schulfrage im Vordergrund des Interesses stand, und die Schulfrage spielt auch in den Gemeinden eine sehr wesentliche Rolle, haben doch einzelne Gemeinden auf diesem Gebiete muftergültige Leistungen aufzuweisen. Und sicherlich ist die Sorge um die Erhaltung der mit großer Mühe und großen Opfern errichteten Schulen in den großen Städten des Landes eine der Hauptursache für das Zustandekommen des Kartells.

Das Ergebnis entsprach den Erwartungen, welche man gehegt hatte vollkommen, wenn man die Zahl der von den Antiklerikalen errungenen Siege in Betracht zieht. In den großen Städten rind die zur Wiederwahl stehenden klerikalen Stadtverordneten „hinausgewählt“ worden, und es wurde ihrer Partei auf diese Weise begreiflich gemacht, wie ungerecht das von ihr immer noch aufrecht-erhaltene System ist, nach welchem eben in den kleinen Städten mit klerikaler Wählermehrheit die ganze Stadtverordneten-Versammlung aus Klerikalen zusammengesetzt ist. Trotzdem verbleiben natürlich in den meisten Städten noch die vor vier Jahren auf Grund der Verhältnismahl eingewählten klerikalen Stadtverordneten. Insbesondere bemerkenswert ist der Sieg des Kartells in Löwen an der Spitze, wo der vor einigen Monaten zurückgetretene Ministerpräsident Schollaert in eigener Person kandidiert hatte; man betrachtete diese Wahl in beiden Lagern als eine Probe auf die im Mai 1912 stattfindenden Wahlen zum Parlament, die sich nach der Hoffnung des Kartells auf die ganzen Kammern zu erstrecken haben werden. Schollaert ist hier unterlegen, man will ihm also auch nicht einmal eine Stellung in der Stadtverwaltung mehr anvertrauen. Dieses Ergebnis von Löwen ist um so auffallender, als gerade in dieser Stadt vierzehn Tage nach der großen Kundgebung von Brüssel, am 29. August ds. Js., eine ähnliche Veranstaltung, allerdings in erheblich verkleinertem Maßstabe stattgefunden hat, als deren Mittelpunkt die Überreichung einer eigens hergestellten Denkmünze an den Ex-Ministerpräsidenten von der klerikalen Presse gefeiert wurde. Tatsächlich war diese Kundgebung mehr ein Beweis für die finanzielle als für die politische Leistungsfähigkeit der Partei, denn man bezahlte den Teilnehmern die Reise und viellecht auch einige Tropfen Gerstenjaft aus der wohlgefüllten Parteikasse.

Zieht man jedoch die Stimmzahl in Betracht, welche die Kartell-Kandidaten auf sich vereinigt haben, und ver-

gleicht sie mit der Summe der vor vier Jahren ohne Kartell auf die sozialistischen und liberalen Kandidaten gefallenen Stimmen, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Rechtsliberalen, hier Doktrindere genannt, ihren Antiklerikalismus nicht soweit getrieben haben, daß sie den Sozialisten ihre Stimmen gegeben haben; diese Nutznießer der vier Insamien haben diesen Namen von neuem gerechtfertigt. Es ist doch ganz ausgeschlossen, daß die klerikale Weltanschauung in der liberal-sozialistischen Stadt Brüssel so starke Fortschritte gemacht haben sollte, daß die klerikalen Stimmen, im Jahre 1907 etwa 11 000, jetzt auf über 13 000 angewachsen sein sollten, während im Jahre 1906 die Liberalen 17 600 unsere Genossen 9 600 Stimmen erlangt hatten, zusammen 27 200, während das Kartell in Brüssel tatsächlich in dieser Wahl 1911 nur 25 300 Stimmen errungen hat. In Molenbeek, einer Vorstadt von Brüssel, wo kein Kartell zustande gekommen ist, waren sogar die Liberalen unter sich gespalten, da die eine liberale Gruppe nicht einmal die für einen Abgeordneten erforderliche Mindest-Stimmzahl erreichte, das sogenannte „Quorum“, konnten unsere Genossen einen Sitz gewinnen. Es würde verriiht sein, jetzt schon, bevor eingehende Vergleichen mit den Wahlen von 1907 angestellt worden sind, ein abschließendes Urteil zu fällen; die große Frage ist: ermutigt der Ausfall dieser Wahl zu einem sozialistisch-liberalen Kartell für die politischen Wahlen im nächsten Jahre, mögen diese nun auf die Hälfte oder auf die ganze Kammer sich erstrecken? Bei diesen Wahlen ist die Verhältnisvertretung vorgeschrieben, und es gibt keine Elimination des Gegners durch die absolute Mehrheit der Stimmen. Und hinter dieser stehen dann die nach der Möglichkeit der Beteiligung des Mehrstimmensystems für die Volksvertretung, sowie für Provinz und für Gemeinde, die Unterstützung eines liberalen Ministeriums, um nur diese heute zu berühren. Die nächsten Monate werden also lebhafteste Diskussionen und folgenreichere Entscheidungen bringen, deren Bedeutung auch außerhalb des Landes bei den Bruderparteien vollauf gewirkt und deren Ergebnisse mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt werden.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 18. Oktober 1911.

191. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg

Dr. Delbrück.

Die Interpellationen über die auswärtige Lage werden zunächst zusammen zur Beratung gestellt.

Auf die übliche Frage des Präsidenten erklärt Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Ich bin bereit, die Interpellationen zu beantworten. Für vollberechtigt halte ich den Wunsch des Reichstages, baldmöglichst von der Regierung Auskunft über die auswärtige Lage zu erhalten. In dem gestern an Ihren Herrn Präsidenten gerichteten Schreiben habe ich dargelegt, aus welchen Gründen ich mir heute eine Erklärung verlagern und die Bezeichnung des Zeitpunktes noch vorbehalten muß, an dem ich sie werde abgeben können. Ich werde nicht unterlassen, Ihrem Herrn Präsidenten den Termin anzusetzen, sobald es mir möglich ist. Nach meiner Absicht wird der Reichstag nicht auseinandergehen, ohne daß zuvor hier über die auswärtige Politik verhandelt worden ist. (Bravo!)

Präsident Graf Scherwin: Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung für heute erledigt.

Hierauf werden die Interpellationen über die Teuerung zur Verhandlung gestellt.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg erklärt sich bereit, die Interpellationen am nächsten Montag zu beantworten.

Es folgt die Interpellation Albrecht (SD.) und Genossen betreffs Berstöße gegen das Vereins- und Versammlungsgesetz.

Die Interpellation lautet:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß von seiten einer Reihe von Behörden gröbliche Verhöfe gegen den

abend, beim Nachhausekommen in den Gittern gelegen habe.

„Influenza? Gestern abend? Hä. Du bist gut, du kannst so bleiben. Sag doch lieber heute morgen. Man hat dich ja kommen hören, die Mädels waren schon auf. Du bist getaumelt. Was sollen bloß die Dienstmädchen dazu sagen?“

„Ach, die sind Sache“, sagte Günther ärgerlich. „Man wird doch mal seinen Klub einweihen dürfen.“

Gerhard lachte wie ein Bessener los. „Du, damit kannst du dein Renommee in der Küche retten, aber nicht bei uns. Und der Damenhandschuh, hä? Das lange Ding, das aus deinem Paletot baumelte. Hä? Na? Nun? Weshalb so kumm, Herzenbruder? Übrigens patentes Glacee, du ganz patentes. War wohl bessere Nummer, hä? Und er ging im Zimmer umher und kicherte wie ein Mädchen.“ Güntherchen, Güntherchen. — wie mußt du im Tran gewesen sein!“

Günther machte ein wenig schlaues Gesicht. „Damenhand? Damenhandschuh? Bei mir? Ich glaube, ihr habt alle Bienen!“ Dabei schwebte ihm aber vor, er könnte Ninas fortgenommen und in die Tasche gesteckt haben.

„Bienen? Wir? Du, ich bin Jurist, ich halte mich nur an Tatsachen. Adieu, lieber Junge. Und nochmals: laß diese Dummeitern — im Interesse des Geschäftes.“

Er ging, denn er wollte ausnahmsweise heute wieder ein Kolleg hören.

Günther stürzte seinen Kaffee herunter und ging ins Kontor. Seine Mutter sprach kein Wort mit ihm. Zum Glück konnte er die Begrüßung rasch abmachen, weil sie geschäftliche Besprechungen hatte, denn die Uhr ging bereits auf elf. Um so lebenswürdig zeigte sich der alte Herold, der sofort sein Bedauern darüber äußerte, daß es Herrn Günther heute nicht recht wohl gehe, wie er von der Frau Mama gehört habe. Der Witterungswechsel, tja, tja. Das Tauwetter über Nacht, tja, tja. Hoffentlich bleibe es nur bei dem leichten Anfall.

Frobel junior lächelte zwar trampfhaft, ging aber bereitwillig darauf ein, denn so brauchte er nicht erst zu einer Ausrede greifen. Heute war besonders viel für ihn zu tun, die Arbeit wollte ihm aber nicht recht schmecken; denn was er da vor sich auf den Blättern sah, erschien ihm nicht so deutlich wie sonst. Hierzu kam fortwährend die Ablenkung durch den Gedanken an die Geheimnisse der zweiten Hälfte der Nacht.

(Fortsetzung folgt).

„Der ist'n janzter Roman, den ich ihn mal erzählen muß, wenn Se mal zum Kaffee kommt. Sie kommen doch? Ganz anständig bei uns, einfach bürjerklich, aber propper.“ Und dann kam wieder „dudeldaddududdel“, diesmal in ganz hohen Tönen. Und während er weiter sprach, tatschelte er den Hörer fortwährend auf den Arm, wie es gewöhnliche Menschen in der Alkohollimnung zu tun pflegen, wenn sie den Keulen auf den Leib rücken.

Günther hielt tapfer stand, denn: Einmal war ja einmal. Es geschah auch aus Dankbarkeit für diese Aufklärung, die ihn wie eine Beruhigung dünkte. Denn schon längst konnte er es sich nicht zusammenreimen, wie Nina zu diesen Eltern gekommen sei, mit denen sie keine Spur von Ähnlichkeit hatte: weder in ihrem Äußeren, noch in ihrem Wesen. Nun konnte er weniger Rücksicht auf dieses fette Paar nehmen, das das häßliche Iose Kind als auszubehendes Fundobjekt betrachtete. Das war ihm plötzlich klar geworden; und sein feiner Spürsinn sagte ihm, daß man in ihm das andere Objekt sehen wolle, mit dem man das erste zu multiplizieren gedente.

Seine Herrennatur regte sich, und so wurde er plötzlich frohlich. „Kellner, zahlen!“ Dabei dachte er: Arme Nina, nun verheie ich Dich. Und als sie dann wieder neben ihm saß, drückte er plötzlich so fest ihre Hand, daß sie ihn verwundert anah.

Herr Käsemann verlor die Sprache und nahm wieder auf seinem Stuhle Platz. Und während alle vier schwiegen, weil sie sich augenblicklich nichts zu sagen hatten, sangen die Geigen gedämpft ein Lied ohne Worte, das sie noch begleitet, als sie aufbrachen.

Das alles noch mit Günther in dieser Nacht vorgegangen war, wußte er nicht zu sagen; denn als er am hellen Vormittag mit schwerem Kopf erwachte und zu seinem Schreibe saß, daß er die Zeit verstreifen hatte, jann er vergeblich über die Ergebnisse der letzten Morgenstunden nach. Allmählich erst, beim Aufstehen, kam ihm mit quälendem Gehirnschmerz bruchstückweise die Erinnerung.

Auf Ninas Ninas war er mit den Alten noch in das Theaterkaffee gegangen, wo ebenfalls Musik war und ein langweiliger Witz, der vorn auf dem Podium stand, durch sein ewiges Reuzigen beim Spiel ganz besonders seine Aufmerksamkeit erregt hatte. Dann war ihm plötzlich der Schluß gekommen, zu dem Herr Käsemann zugeretel hatte, was er sich zu seinem Alkohol zu gelangen, in den Kopf geschoben und hatte ihm jede Erinnerung geraubt, so daß er für das Weitergehen war, was sich Herr Käsemann nicht zweimal jagen ließ. Die holde Gattin pappte fortwährend Schokoladentafelchen; nur Nina

blieb enthaltiam, weil sie behauptete, am anderen Tage pünktlich zur Probe sein zu müssen. Zum Danke dafür hatte er ihr fortwährend die Hände gefüßt, worüber die Mama sich vor Lachen beinahe ausgeschüttet hätte. Dann kam das Dunkelste: Ein großer Herr in Pelz- und braunen Schuhen, der so seltsam wie sie alle, hatte ihn plötzlich mitten im Lokale umarmt, ihn den Herrlichsten von allen genannt, sich an ihrem Tisch niedergelassen, ganz besonders Nina seine Aufmerksamkeit zugewandt und soviel Witze und Scherze gemacht, daß sie aufquillte vor Lachen. Dann sah er sich plötzlich draußen in der frischen Luft, die ihn noch verrückter machte; sah Eltern- und Tochter in eine Droschke steigen und sich selbst dann, von Emma geführt, dahin wanden, irgendwo in einen anderen erleuchteten Raum hinein, wo er an einen vollbesetzten Tisch geschleppt wurde.

Dann war es aus, völlig aus mit seinem Gedächtnis. Nur sein Schadel, der arme gemarterte Schadel blieb als stummer Zeuge in diesem entsetzlichen Gemisch von physischem und moralischem Mater übrig.

Frobel junior schämte sich wie nie zuvor in seinem Leben; und als er sich den Kopf mit kaltem Wasser kühlte, gelobte er sich, niemals mehr einen ähnlichen dummen Streich zu machen, der geeignet wäre, ihn um sein ganzes Ansehen in der Familie zu bringen. Er kam sich erniedrigt durch sich selbst vor, befecht durch diesen Verkehr, ganz besonders aber durch das Herumschlumpfen mit einem Manne, den er erst kürzlich mit Schroffheit hatte abfallen lassen. Wenn das seine Mama wüßte, die liebe, gute Mama, deren ganzer Stolz er bisher gewesen war! Er hätte sich selbst ohrgelien können, da das aber doch keinen besonderen Eindruck gemacht haben würde, so goß er sich vor Zorn nochmals eine halbe Kanne Wasser über den Kopf, grollend und murrend, wie ein zum Schweigen Verdamnter.

Die erste Anklage kam dann: von Gerhard, der sein eigenes Zimmer nebenan hatte und, schon fertig angekleidet, zu ihm hereintrat. „Also doch schon“, quiekte er los. „Dür mal, du — etwas läßt man sich ja gefallen, aber solche Betteliche ist mir noch nicht vorgekommen. Dreimal war ich schon bei Dir. Man hätte dich rausstragen können, glaube mir. Und der Alte kam dann auch noch und rüttelte mit. Du, das mach nicht wieder. Mama ist außer sich, total außer sich.“

Günther lachte wütend. Natürlich, das konnte er sich ja denken! Wenn er nicht mal pünktlich zur Stelle war, fielen sie alle über ihn her; und dieser chronische Betteliche am meisten. Eine Notlage schien ihm verzeihlich zu sein. Und so beschloß er einen Influenzsanfall, der ihm schon gestern

Karen Wortlaut des Vereins- und Versammlungs-gesetzes für das Deutsche Reich begangen wurden?
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dem erwähnten Gesetze seitens der Behörden Geltung zu verschaffen?

Staatssekretär Dr. Debrück erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Das Wort zur Begründung der Interpellation erhält Albrecht (Soz.): Wir müssen abermals interpellieren, da die bei Verhandlung der fortschrittlichen Interpellation gegebenen Zusicherungen nicht eingehalten wurden. Obgleich das Vereinsgesetz eine Überwachung politischer Vereinsversammlungen gar nicht kennt, ja sie schon in den Werten ausgeschlossen wird, hat die hiesige Polizei, nachdem sie 2 1/2 Jahre das Gesetz beobachtet hatte, die Mitgliederversammlungen des sozialdemokratischen Vereins zu überwachen angefangen. So geht der liberale Oberbürgermeister Rixe vor! (Hört, hört! bei den Soz.) Dasselbe Argument der Polizei, daß nämlich die Größe des Vereins einem wirklichen Mitgliedsverhältnis der Vereinsmitglieder zueinander entgegenstehe, ist für Magdeburg vom Oberverwaltungsgericht als unhaltbar erklärt worden. Die hiesige Polizei löste Mitgliederversammlungen, die sich die Überwachung nicht gefallen lassen wollten, auf und verhaftete Teilnehmer, die sich nachher in die Restauration des sozialdemokratischen Volkshauses begeben hatten. Ja, selbst der Maschinenmeister wurde verhaftet und als der Geschäftsführer des Volkshauses den Kommissar aufmerksam machte, daß dadurch die Gefahr einer Kesselexplosion nahegerückt werde, wurde auch er verhaftet. (Hört, hört! bei den Soz.) Wäre die eiserne Disziplin der Arbeiter nicht, wer weiß was geschähe! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Zuruf: Das wollen Sie ja! Am Sonntag darauf sperrte man uns grundlos das Volkshaus auf drei Stunden. Ein Vortrag wurde uns als politisch erklärt, weil in dem gleichen Lokal gewöhnlich politische Versammlungen stattfinden. Wiederholt haben die Gerichte die wegen Auflehnung gegen Überwachung von Mitgliederversammlungen Angeklagten unter Hinweis auf § 5 R.-V.-G. freigelassen. In Gaarden bei Kiel fand am 19. Mai eine unpolitische Jugendversammlung statt. Die Polizei ließ sie überwachen, und die Beschwerde wurde vom Oberpräsidenten und dem Regierungspräsidenten abgewiesen. Aber das Oberverwaltungsgericht entschied gegen den Oberpräsidenten. In Sachsen, in Mittweida, werden Gewerkschaftsversammlungen überwacht mit dem Bemerkten, es seien dies politische Versammlungen. Auch der sächsische Minister des Innern hat dies als zutreffend gebilligt. Dabei hat das Reichsgericht einen anderen Standpunkt eingenommen. In Eisenach wurden die Jesuipiele, die von Künstlern und Schriftstellern viel Anerkennung gefunden haben, verboten! Sogar der Oberbürgermeister hat dagegen protestiert. Das Vereinsgesetz nimmt Gewerkschaftsversammlungen ausdrücklich von der Überwachung aus, trotzdem geschieht sie. Auch christliche Gewerkschaften werden so behandelt. Hier sind auch gerichtliche Verurteilungen erfolgt wegen Nichtanmeldung nichtöffentlicher Gewerkschaftsversammlungen, die freilich von den höheren Instanzen aufgehoben wurden. Aber die Polizei hält sich nicht daran und erklärt immer wieder Strafmandate. Die Gerichte, auch das Oberverwaltungsgericht, erklären jetzt aber auch schon die Gewerkschaften auf Grund von Polizeiberichten aus der Zeit vor dem Vereinsgesetz als politische Vereine. Das Oberverwaltungsgericht erklärt: „Es wird sich seitdem nichts geändert haben!“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Öffentliche Umzüge werden verboten, weil Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorliege, oder es wird überhaupt kein Grund angegeben, wie in Sagan, dessen Bürgermeister Aktiles Kandidat der fortschrittlichen Volkspartei ist. Versammlungen unter freiem Himmel werden unter den wichtigsten Vorwänden verboten, namentlich in Schlesien. Ein Amtsvorsteher hat eine solche Versammlung unter der Bedingung genehmigt, daß keine aufreizenden Reden gehalten würden. Welchen Verfolgungen macht nicht die Sportvereine ausgeht! Ein Ministerialerlaß macht direkt aufmerksam, daß die sozialdemokratische Jugendorganisation das Vereinsgesetz zu umgehen suche. Seit dieser Zeit ist ein förmliches Hammelfleisch erziehlische oder sportliche Zwecke verfolgen. Das Vereinsgesetz soll kein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie sein, aber tatsächlich wird es so gehandhabt. Die Sozialdemokratie steht auf dem Boden des Gesetzes. Das ist Tradition bei uns. (Lachen rechts.) Sie werden uns nicht nachweisen können, daß wir gegen das Gesetz verstoßen, außer wenn es sich um ein Ausnahmegesetz handelt, und da haben wir gute Gesellschaft, ich brauche das Zentrum nur an die Maßregeln zu erinnern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sonst aber müssen Sie uns nachsagen, daß wir die Gesetze stets halten. Wir weigern uns nicht, bei dem Soldatenpiel unsere Ehre hinzugeben, wie wir auch selbst meistens gebieten haben. Auch gegen die Schulgesetze verstoßen wir nicht, wir zahlen unsere Steuern, wie alle andern Staatsbürger, und wir müssen für ihre Zollpolitik tüchtig zahlen. Wir verlangen aber auch von der Regierung und den herrschenden Klassen, daß die Gesetze des Landes und des Staates geachtet werden, und deshalb richte ich an den Reichskanzler respektive an seinen Stellvertreter die Frage, was er zu tun gedenkt, um gegen die gräßlichen Verläufe gegen das Vereinsgesetz einzuschreiten und dem Reichsvereinsgesetz endlich Geltung zu verschaffen. (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.)

Als Stellvertreter des Reichskanzlers antwortet Staatssekretär Debrück: Es ist mir nicht entgangen, daß in einem Teile der Presse anhaltend Beschwerde geführt wurde über eine unzutreffende Handhabung des Vereinsgesetzes. Ich bin diesen Fällen, soweit sie mir eine grundsätzliche Bedeutung zu haben schienen, nachgegangen, und ich habe auch mit den beteiligten Bundesregierungen Fühlung genommen, und habe dabei feststellen können, daß zwischen der Reichsleitung und den Bundesregierungen grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Handhabung und Auslegung des Vereinsgesetzes nicht bestehen. Die Handhabung des Vereinsgesetzes durch die Provinz- und Lokalbehörden der Bundesstaaten ist der Reichsleitung entzogen, wie die Handhabungen dieser Behörden durch die Verantwortlichkeit der bezüglichen bundesstaatlichen Ressortminister gedeckt werden, daß also eine Erörterung darüber in die Einzellandtage gehört (Oho b. d. Soz.) und daß der Reichsleitung die Möglichkeit des Eingreifens auf diesem Gebiet genommen ist. Nun ist in bezug auf § 7 des Vereinsgesetzes darauf hingewiesen, daß der Erlaß des preussischen Ministers vom 16. Mai 1910 in Widerspruch stehe mit den Bestimmungen des Vereinsgesetzes über die Genehmigung der öffentlichen Aufzüge und öffentlichen Versammlungen, und daß dieses im Widerspruch stehe mit der Judikatur über die Paragrafen und mit meinen eigenen Ausführungen. Es muß in jedem einzelnen Falle geprüft werden, ob die Voraussetzungen des § 7 vorliegen, eine Versammlung zu verbieten oder nicht. Wenn der Erlaß des Ministers in seiner Fassung vielleicht eine mißverständliche Auslegung seitens der Behörden erfahren hat, so ist eine derartige Auslegung jetzt nicht mehr zu erwarten, nachdem die Judikatur meiner Auffassung beigetreten ist. Ich habe mich aber trotzdem mit dem preussischen Minister über diese Frage in Verbindung gesetzt und von ihm die Mittelung bekommen, daß der mehrfach erwähnte Erlaß nicht mißverständlich, sondern in dem Sinne

aufzufassen sei, den ich wiederholt ausgesprochen habe. Ich möchte aber im Anschluß daran noch ausdrücklich feststellen, daß ich mit dem preussischen Minister des Innern darin einig bin, daß sowohl bei der Handhabung des Vereinsgesetzes im allgemeinen, als auch insbesondere bezüglich der Entscheidung wegen Veranstaltung öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel grundsätzlich die Heranziehung unzutreffender Gründe ebensowenig zu billigen ist wie die Heranziehung von Scheingründen. (Lachen b. d. Soz.) Das ist eigentlich selbstverständlich. Ich habe deshalb noch ausdrücklich festzustellen, daß der preussische Minister des Innern auch die Anordnung getroffen hat, daß nach diesen Grundregeln verfahren wird, und daß er den Behörden zur Beachtung gemacht hat, besonders die Judikatur, die sich mit der Auslegung des Vereinsgesetzes befaßt, zu beachten und zu berücksichtigen. (Heiterkeit links.) Also, ich glaube, nach allem feststellen zu können, daß auch wir, die Reichsleitung und einzelnen Bundesregierungen sowie speziell der preussischen Minister des Innern ebenso auf dem Boden des Gesetzes stehen und der Auffassung sind, daß das Gesetz so auszulegen und zu handhaben ist, wie es der Gesetzgeber erlassen hat und ausgelegt zu sehen wünscht. Der Abgeordnete Abrecht hat mir die einzelnen erörterten Fälle vorher mitgeteilt. Ich kann auf sie nicht eingehen, denn zum Teil ist der Tatbestand so knapp gehalten, daß ich nicht prüfen kann, zum Teil sind die Fälle bereits Gegenstand einer gerichtlichen letztinstanzlichen Entscheidung geworden, haben also ihre Erledigung gefunden, zum Teil sind sie noch nicht aus der lokalen oder provinziellen Instanz herausgekommen, so daß ich mich deshalb nicht darüber informieren kann. Interessant ist, daß die Rechtsmittel in überwiegendem Maße zugunsten der Beschwerdeführer ausgefallen sind, woraus sich ergibt, daß wenn Mißgriffe vorkommen, — und das sie vorkommen, kann kein Mensch bestreiten, und sie werden auch in Zukunft wieder vorkommen —, jedenfalls die Zentralbehörden nicht die Absicht haben, ihrerseits nicht dem Gesetz Geltung zu verschaffen. Wir werden abwarten, wie die Judikatur Klarheit schaffen wird, und ich hege die Überzeugung, daß es geschehen wird. (Lachen b. d. Soz.) Dauern wird darüber geklagt, daß die Polizeibehörden Versammlungen überwachen, die nach dem Vereinsgesetz nicht überwacht werden dürfen. (Sehr wahr! links.) Das preussische Oberverwaltungsgericht hat den Kreis der Überwachungsversammlungen mit gewissen Grenzen eingeschränkt. Das Reichsgericht hat dagegen in seinem Erkenntnis vom 25. April 1911 den Standpunkt vertreten, daß die polizeiliche Befugnis gemäß § 13 des Vereinsgesetzes auf alle öffentlichen Versammlungen anzuwenden ist, mögen sie politisch oder unpolitisch sein. Die Frage, ob man eine Versammlung auflösen kann, weil sie über die Polizeistunde hinaus dauert, wird nach der herrschenden Meinung zu verneinen sein. Bezüglich des Vorgehens der Polizeibehörden gegen die sogenannten Jugendorganisationen der Sozialdemokratie sind die Beschwerden nicht gerechtfertigt. Die Behörden sind verpflichtet, neben den Gesetzen die Entscheidungen der höchsten Gerichte zu beachten. Ich werde die zahlreichen Beschwerden über die Handhabung des Vereinsgesetzes auch in Zukunft mit größter Aufmerksamkeit verfolgen. (Bravo rechts.)

Auf Antrag des Abg. Hebel (Soz.) wird die Besprechung der Interpellation gegen die Stimmen der Rechten beschlossen.
Gröber (Z.): Der Reichstag hat zwar keine Disziplinarbefugnis gegenüber einzelstaatlichen Beamten, die entgegen dem Vereinsgesetz handeln, wohl aber hat er das Recht, über solche Verläufe von Beamten zu sprechen. (Sehr richtig!) Die Interpellation spricht von Verläufen gegen den klaren Wortlaut des Gesetzes. (Zuruf des Abg. Müller-Meinungen.) Herr Müller-Meinungen, der Vater des Gesetzes, ist sich klar über sein Kind (Heiterkeit), aber alle übrigen bis hinaus zu den höchsten Verwaltungs- u. Gerichtsbehörden sind sich im unklaren darüber. (Abg. Hue: Das ist seinerzeit vorausgesetzt worden!) Gewiß, und es hat sogar Leute gegeben, die gesagt haben, das sei der Zweck des Gesetzes. (Hört, hört! bei den Soz.) So kann niemand von uns mit Ausnahme des Abgeordneten Müller-Meinungen (Heiterkeit) mit voller Sicherheit sagen, welche Versammlungen dürfen überhaupt überwacht werden. Man sagt, die Polizeibehörde soll sich an die richterlichen Entscheidungen halten. Aber an welcher! Die höchsten richterlichen Behörden haben ja sehr verschiedene Entscheidungen gefällt, und jede hat immer sehr gute Gründe angeführt. Eine scheinbar sehr einfache Frage ist die der Praxis der Polizeistunde. Auch hier haben wir sehr verschiedene Auslegungen. Der Staatssekretär hat kein Wort darüber verloren, wie es damit bei Wahlversammlungen gehalten werden soll. Gelten die Bestimmungen über die Polizeistunde auch für solche Versammlungen? Man erkennt daran, was die Staaten durch das Vereinsgesetz verloren haben, die so ausgelegte Bestimmungen früher nicht kannten. Gerade bei einem Gesetz, das so tief ins öffentliche Leben eingreift, wie das Vereinsgesetz, ist es notwendig, daß der Gesetzgeber klar sagt, was er will. Daß es das nicht tut, ist der schwerste Fehler des Vereinsgesetzes. (Bravo! im Zentrum.)

Dr. Junck (N.): Die grundsätzliche Übereinstimmung des Staatssekretärs mit den Landeszentralbehörden über die Auslegung des Vereinsgesetzes nicht uns nichts, wenn diese Zentralbehörden nicht die Energie haben, diese Grundzüge auch bei der Anwendung des Gesetzes zur Geltung zu bringen. (Sehr richtig!) Beim Vereinsgesetz liegt der Schwerpunkt in der Anwendung. (Zustimmung.) Herr Gröber wirft dem Reichsvereinsgesetz Unklarheit vor; der Grund ist, daß es ein Blockgesetz ist. Es bedeutet trotz seiner mißbräuchlichen Anwendung eine wesentliche Verbesserung des früheren Rechtszustandes (Sehr richtig! b. d. Nat. u. Freis.) und wir lassen uns die Befriedigung über diese liberale Blockstrich nicht nehmen. (Zuruf v. Zentrum: Sie sind aber sehr bescheiden!) In den Grundzügen ist das Gesetz sehr klar. Die einzelnen Fälle, die in der Presse und auch hier vorgebracht sind, können wir nicht prüfen; aber wenn auch nur ein Teil der Fälle richtig ist, so handelt es sich um grundsätzlich unrichtige Anwendung des Vereinsgesetzes durch die unteren Verwaltungsbehörden. Was die Frage der Polizeistunde betrifft, so muß Landesrecht dem Reichsrecht weichen, und das Vereinsgesetz kennt eine Beschränkung von Versammlungen durch die Polizeistunde nicht. Ich wünsche, daß es dem Reichstag erspart bleibt, in jedem Jahre solche Verhandlung zu haben. Ich habe absichtlich einzelne Fälle nicht vorgebracht. Wenn aber eine Versammlung unter freiem Himmel nicht genehmigt wird, weil die Galanen auf dem benachbarten Grundstück geistert werden könnten (Große Heiterkeit) oder weil es möglich sei, daß die Teilnehmer an der Versammlung nachher ins Wirtshaus gehen und dort eine Messerketzerei entfachen könne, so ist das eine Verhöhnung des Gesetzes. (Sehr richtig! links.) Es wäre schlecht mit dem Staate bestellt, wenn es nicht gelänge, solche Verhöhnungen des Gesetzes zu verhindern. Die unteren Verwaltungsbehörden würden derartiges nicht wagen, wenn sie nicht glauben, auf nachlässige Behandlung rechnen zu können. Das Vereinsgesetz ist nicht dazu bestimmt, die freie Meinungsäußerung zu beschränken. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Edler Gans zu Putlitz (N.): Früher hat der Abg. Junck ein Loblied auf die Handhabung des Vereinsgesetzes durch die Behörden gesungen. Jetzt klingt sein

Lied anders. Damals interpellierte allerdings das Zentrum während der Sozialdemokratie interpelliert. — Mit Recht hat der Staatssekretär darauf hingewiesen, daß der Regierung auf die Entscheidungen der Gerichte kein Einfluß zusteht. — Die heutige Verhandlung hat erneut bewiesen, daß die aufsichtführenden Behörden in loyalster Weise bemüht sind, das Vereinsgesetz, so wie es seinem Wortlaut nach ist, zur Durchführung zu bringen. Verstöße sind immer unermelblich, namentlich, wenn es sich um neue Gesetze handelt. Wir unsererseits haben folgende Bitten an die Reichsregierung zu richten: 1. Sie möge ihr Augenmerk darauf richten, daß, wenn nichtgenehmigte öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel stattfinden, energig gegen diese Gesetzwidrigkeit eingeschritten werde; 2. sie möge dafür sorgen, daß bei genehmigten öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel oder Umzügen nicht die Ordner sich Vollmachten anmaßen, die allein der Polizei gebühren. (Bravo! rechts.) Ich schließe mit der Erklärung, daß diese Verhandlungen erneut die lokale Handhabung des Vereinsgesetzes beweisen. (Bravo! rechts. Große Heiterkeit links.)

Korfanty (P.): Daß die Konservativen mit der Handhabung des Vereinsgesetzes zufrieden sind, ist ja nicht weiter verwunderlich. (Sehr gut! links.) Zwischen dem Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, der die liberalen Zusicherungen über die Handhabung des Vereinsgesetzes gab, und dem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, unter dessen Ägide die Versprechungen in ihr Gegenteil verkehrt werden, klafft ein Gegensatz, der uns weiter nicht wunder nimmt. Wachtst schamlos sind die Polizeibehörden, um Vorwände für Versammlungsverbote an den Haaren herbeizuziehen. Ein solcher Amtsvorsteher schämt sich nicht, die Arbeiter eines ganzen Distrikts als Trunkenbolde hinzustellen. (Hört, hört! und Pfu!-Rufe bei den Polen und Sozialdemokraten.) Die Fasanengeschichte, von der der Kollege Dr. Junck sprach, ist mir passiert. Eine Versammlung unter freiem Himmel, in der ich sprechen wollte, wurde verboten, weil durch sie die Galanen des Grafen Hensel v. Donnersmark geistert werden könnten. (Heiterkeit und Hört, hört!) Eine andere Versammlung unter freiem Himmel wurde verboten, weil Gefahr besteht, daß die Teilnehmer ihre Bedürfnisse auf dem Nachbargrundstücke verrichten würden. (Hört, hört! und Heiterkeit.) — Für uns ist gar kein Zweifel mehr möglich: die Behörden suchen bewußt und mit böser Absicht die polnischen Bürger an der Ausübung ihrer Rechte zu hindern. So etwas ist wirklich nur in Preußen möglich. Ein Staatswesen, das etwas auf sich hält, würde solche Gemeinheiten bei seinen Beamten nicht dulden. (Lebhaftes Zustimmung bei den Polen und Sozialdemokraten.) In ganz Oberschlesien stehen den Polen nur zwei Säle zur Verfügung; im Widerspruch zu den Erklärungen des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg treiben unter dem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg die Behörden systematische Saalabtreiberien. Die Säle werden uns abgetrieben; die Versammlungen unter freiem Himmel werden verboten und die Behörden bis zum Minister herauf befristet die eigentümlichen „Begründungen“, die die Amtsvorsteher ihren Verböten hinzufügen. Selbstredend spielt unter diesen Gründen die Maul- und Klauenseuche die Hauptrolle, daneben Scharlach, Diphtherie, Gefäßcholera; von der letzten war zum Beispiel in einem Dorfe die Rede, wo just zwei Hühner freipiert waren. (Heiterkeit und Hört, hört!) Ich habe hier die Beweise für infame Rechtsbeugungen des Landrats des Kreises Rosenberg in der Hand... (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Schwerin-Löwisch: Sie dürfen einem Beamten keine infamen Rechtsbeugungen vorwerfen. (Bravo! rechts; erregte Zurufe bei den Polen und Sozialdemokraten.) Ich rufe Sie daher zur Ordnung. (Bravo! rechts. Erneute erregte Zurufe. Abg. Lebehour: Rufen Sie lieber den Landrat zur Ordnung! Sehr gut! bei den Polen und Sozialdemokraten.)

Korfanty (fortfahrend): Ich habe keine andere Bezeichnung für einen solchen Mann, der die Bürger an der Ausübung ihrer Rechte hindert. (Sehr gut! bei den Polen und Soz. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Schwerin-Löwisch: Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam. (Beifall rechts, Zurufe bei den Polen und Soz.)

Korfanty fährt fort und schildert an einer großen Anzahl weiterer Fälle die Vereinträchtigung der polnischen Staatsbürger, besonders der polnischen Arbeiter. Alle polnischen Vereine, die rein kulturellen eingeschlossen, werden von Behörden und Gerichten für politisch erklärt, die bloße Tatsache, daß ein Verein aus Polen besteht, genügt, ihn zu einem politischen zu stempeln. Es fehlt nur noch, daß polnische Ehren für politisch erklärt und die polnischen Ehepaare aufgefördert werden, ihre Statuten einzureichen. Wenn nicht Paß und Berachtung die Herzen aller Polen erfüllen sollen, so muß mit diesem System gebrochen werden. (Bravo! bei den Polen.)

Staatssekretär Debrück: Der Einfluß der Reichsregierung auf die einzelstaatlichen Regierungen ist nur ein moralischer. Selbstverständlich hat jede Regierung die Pflicht und auch das Bestreben, das, was sie als grundsätzlich richtig anerkennt, innerhalb ihres Ressorts auch mit aller Energie durchzuführen, das ist speziell auch der Fall bei dem preussischen Minister des Innern. Deshalb ist es auch zwecklos, Einzelfälle hier näher zu erörtern; das geschieht praktisch in den Einzellandtagen. Einer der Vorredner machte mir den Vorwurf, ich hätte mich zurückhaltend geäußert. Das war notwendig angesichts des Umstandes, daß eine Reihe von Fällen noch der richterlichen Beurteilung unterliegen. (Sehr richtig! rechts.) Aber die Auslegung der Bestimmungen bezüglich der Polizeistunde bin ich — das ist lediglich meine persönliche Auffassung — mit dem Abg. Dr. Junck nicht ganz einverstanden. Doch sind die Fälle, in denen eine Auflösung einer Versammlung erfolgen darf, durch § 19 des Vereinsgesetzes völlig umfaßt. Der § 365 des Reichsstrafgesetzes kann meines Erachtens nicht benutzt werden, um Bestimmungen zu erlassen, die nach dem Vereinsgesetz an sich unzulässig wären. Ich betone, daß ich weit entfernt bin, in allen hier vorgelegten Fällen, falls sie richtig vorgelegt sind, das Verhalten der Behörden zu billigen; ich bin vielmehr der Meinung, daß bei der Auslegung des Vereinsgesetzes mehrfach in einer Weise verfahren wird, die den eigenen Interessen der Behörden nicht entspricht. Ich weiß aber auch, daß diese Auffassung grundsätzlich von den Bundesregierungen, speziell der preussischen geteilt wird. (Bravo! rechts.)

Dr. Höffel (N.): Von den 50 von Herrn Abrecht vorgelegten Fällen sind, wie wir gehört haben, 23 nicht weiter verfolgt worden. Das ergibt ein ganz anderes Bild, als die Ausführungen des Herrn Abrecht. Es ist klar, daß ein solches Gesetz, wie das Vereinsgesetz, sich erst einleben muß.

Die weitere Besprechung wird vertagt auf Donnerstag 1 Uhr. (Außerdem zwei Interpellationen des Zentrums und der Freisinnigen über die Maul- und Klauenseuche.)

Schluß 6 Uhr.

Aus der Partei.

Das Protokoll des Parteitag... Das Protokoll des Parteitag sowie der Frauenkonferenz in Zeitz ist in der ersten Auflage bereits vollständig veröffentlicht.

Einhundertundacht Breßprozesse! Vom 1. April bis 30. September d. J. wurden 108 Breßprozesse gegen die Arbeiterpresse bekannt, darunter in 15 Fällen freisprechende.

Zunungsterroristen. Den Herrschaften, die nicht genug über den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokratie schimpfen können, empfehlen wir folgende Zeiten, die einem Zeitungsbericht über die letzte Versammlung der Friseur-Vereinigung in Angermünde entnommen sind.

Aus der Jugendbewegung.

Eine Haupt- und Staatsaktion gegen die Offener Arbeiterjugend wurde am Montag vor dem Schöffengericht Eisen zum Austrag gebracht. Der Polizeipräsident daselbst hatte gegen fünf Parteigenossen und zwei jugendliche Strafantrag gestellt wegen Verleumdung von Polizeibeamten.

Bewerkschaftsbewegung.

Der letzte Anflug vom Rastatter Streik. Es sind 10 Monate vergangen, seit der Beamte des Metallarbeiterverbandes, Genosse Kürtz-Karlsruhe einem Gendarmen gegenüber, der einen Streikpöbeln befristete, groben Anflug verübt haben soll.

Don 10 Mr. Die gerichtliche Prüfung dieses Strafbefehls durch alle drei Instanzen, da der Staatsanwalt das freisprechende Urteil des Schöffengerichts und der Strafkammer nicht gelten lassen wollte.

Lohnbewegungen der Gemeindearbeiter. Die Gemeindearbeiter in Weihenstephan nahmen einstimmig eine Resolution an, die fordert, daß angesichts der Teuerung allen Arbeitern Teuerungszulagen gewährt werden sollen.

Die Lohnbewegung in der Dresdner Schokoladen- und Zuckerwaren-Industrie. In den letzten Tagen haben Verhandlungen mit den einzelnen Betrieben stattgefunden, sie führten aber nur in zwei Fällen zu einem annehmbaren Resultat.

Aus dem Gerichtssaal.

Milde Richter fand der Buchdruckereibesitzer Georg Klemm, der sich am Montag wegen Körperverletzung und Verleumdung, begangen an dem Gewerkschaftsangehörigen Behr, vor dem Schöffengericht Berlin-Lempelhof zu verantworten hatte.

Aus Nah und Fern.

Das Gymnastik-Duell bei Rudolstadt. Das Bedenken des schwer verletzten Unterprimars Dieken hat sich zwar etwas gebessert, es besteht aber noch immer Lebensgefahr.

Trichinöses Fleisch. Im Dorfe Radomino bei Deutsch Eylau sind 12 Personen nach dem Genuß trichinösen Fleisches schwer erkrankt. Eine von ihnen ist bereits gestorben.

Sechs Personen gestorben. Von der Familie des Eisenpatenthändlers Woerdorf, der in der Nacht auf Dienstag seine Frau, seine Kinder und sich selbst durch Leuchtgas vergiftete, sind sechs Personen gestorben.

Risiko der Arbeit. Gestern nachmittag stürzten zwei Arbeiter, die an einem Hochofen in Monreau-sur-Sambre beschäftigt waren, aus einer Höhe von 20 Metern herab und wurden als Leichen aufgefunden.

Eine Schlauchexplosion erfolgte in St. Etienne in einem Kohlschacht, in dem ein Brand ausgebrochen ist. Zwanzig Bergleute sind dabei umgekommen.

Der Brügelpastor im Wahlkampf. Aus Konstanz berichtet die 'Frankfurter Zeitung': Bei einer dieser Tage auf der Reichsversammlung des Zentrumsvorstandes wurde ein nicht zentriertlicher 22jähriger junger Mann bei einer Debatte, in der er seine Ansichten kundgab, von dem Münsterpfarrer Neßler geohrfeigt und unter den Tisch geworfen.

Eisenbahnunglück. Bei Pjatigorsk in der Nähe der Station Mineralnaja Wody, Kaukasus, ist in der letzten Nacht ein Schnellzug entgleist, wobei ein Wagen umgekehrt ist. Neun Personen sind verletzt worden. Die Ursache des Unfalles ist böswillige Schienenlöcher.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise. Vübeck, 18. Oktober. Weizen, 128-135 Pfd. holl. 190-195 Mk. Roggen 124-127 Pfd., holl. 178-175 Mk. Gerste, nach Qualität 178-190 Mk. Hafer, nach Qualität, 178-185 Mk. alter - Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Advertisement for 'Siegerin' Palmato Mohra, featuring a portrait of a woman and text about a contest or award.

Advertisement for 'Bezugsquellen-Verzeichnis' (Source Directory) listing various businesses and their addresses.

Advertisement for 'Bezugsquellen-Verzeichnis' (Source Directory) listing various businesses and their addresses.

Advertisement for 'Bezugsquellen-Verzeichnis' (Source Directory) listing various businesses and their addresses.

Advertisement for 'Bezugsquellen-Verzeichnis' (Source Directory) listing various businesses and their addresses.

Advertisement for 'Bezugsquellen-Verzeichnis' (Source Directory) listing various businesses and their addresses.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!